Viel getan, viel zu tun!

Bilanz der CDU-Fraktion Berlin 2011 – 2016

CDU FRAKTION BERLIN

Inhaltsverzeichnis

INTERVIEW MIT FLORIAN GRAF 2
Es hat sich etwas verändert in Berlin

SICHERHEIT 6
Wir haben Berlin sicherer gemacht

BILDUNG 14
Berlins Bildung ist endlich ideologiefrei

WIRTSCHAFT 22
Berlin ist wirtschaftsstark

HAUSHALT 30
Wir denken heute schon an morgen

INFRASTRUKTUR 36
Berlin blüht auf

SPORT & GESUNDHEIT 42
Politik für die Menschen

ZUKUNFT 46
Die Stadt von morgen gestalten

INTEGRATION 50
Zusammen leben in Berlin

ABGEORDNETENLISTE 54
Abgeordnete nach Bezirken

IMPRESSUM 56

ZUR PERSON

Florian Graf führt seit 2011 die CDU-Fraktion Berlin als Fraktionsvorsitzender an. Der Tempelhof-Schöneberger vertritt seinen Wahlkreis Mariendorf/Marienfelde seit 2006 im Abgeordnetenhaus von Berlin. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Es hat sich etwas verändert in Berlin – starke Wirtschaft, ideologiefreie Bildung, mehr Sicherheit

Redaktion (R): Herr Graf, die CDU schaut auf eine erfolgreiche Bilanz der Arbeit der Großen Koalition in dieser ablaufenden Legislaturperiode zurück. Wie hat Berlin den Hebel nach zehn Jahren Rot-Rot umgelegt?
Florian Graf (G): Als wir 2011 wieder Regierungsverantwortung übernommen haben, haben wir viele Missstände vorgefunden. Berlin war geprägt von einer hohen Arbeitslosigkeit und einer drückenden Schuldenlast, von einem Durcheinander und Chaos in der Schule und einem Versagen bei der Inneren Sicherheit.

Uns war wichtig, dass sich etwas verändert. Und das haben wir erreicht. Heute steht unsere Stadt deutlich besser da. Wir haben die Inhalte, die wir uns vorgenommen haben, auch umgesetzt. Wir haben die Wirtschaft gestärkt, für eine ideologiefreie Schulpolitik gesorgt und die Sicherheit gefestigt. Wir haben eine klare Agenda für Berlin.

R: Was hat sich konkret verändert? Können Sie uns die Eckpunkte dieser Agenda benennen?
G: Die Zahlen, Daten und Fakten zeigen eine sehr positive Entwicklung Berlins mit ausgezeichneten Perspektiven. Es ist gut für Berlin, dass wir als Union in Regierungsverantwortung stehen und die Stadt mitgestalten, es ist gut für ein starkes Berlin: Die Stadt wächst, wir haben ein bundesweit überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von gegenwärtig mehr als drei Prozent, die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr. Mit dem Zukunftsfonds „SIWA“ haben wir die Weichen in der Finanzpolitik– zukunftsorientiert und nachhaltig – neu ausgerichtet, das heißt, kraft Gesetz werden mit den Haushaltsüberschüssen nunmehr zu gleichen Teilen Schulden abgebaut und Investitionen erhöht. Es ist ein Erfolgsprojekt, das wir allein für 2015 zusätzlich 500 Millionen Euro für die Sanierung und den Neubau von Schulen, Kitas und Krankenhäusern, für den Neubau von Schwimmbädern oder die Instandsetzung von Schießständen bereitgestellt haben. Und auch mit dem für 2016 aufgelegten SIWA2-Paket gibt es weitere 130 Millionen Euro aus dem Überschuss aus 2015, die für die bezirkliche Infrastruktur aufgewendet werden können. Wir haben keinen einzigen Euro an neuen Schulden aufgenommen, sondern 3 Milliarden Euro Schulden abgebaut! Heute ist der Investitionsplafonds um 500 Millionen Euro angehoben. Erstmals ist Berlin im Vergleich der Bundesländer nicht mehr Schlusslicht bei den Investitionen, sondern bewegt sich hier im Mittelfeld.

R: Wo haben Sie dabei zuerst angesetzt?
G: Für die CDU-Fraktion war, ist und bleibt die Stärkung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unbestritten das wichtigste Ziel. Politik schafft nicht direkt Arbeitsplätze; dennoch mussten wir Fehlentwicklungen in den von Rot-Rot gesetzten Rahmenbedingungen korrigieren, eine neue Dynamik entfachen und die richtigen Anreize setzen. Heute steht Berlin wirtschaftlich deutlich besser da, als vor fünf Jahren.

Berlin hat alle Voraussetzungen für Wachstum und Arbeit. Unsere Wirtschaftspolitik stellt genau darauf ab, diese Potenziale zu nutzen, um Arbeitsplätze, Selbstwertgefühl und Lebensbasis für die Berlinerinnen und Berliner zu schaffen.

Motoren dieser Entwicklung sind zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft, der Tourismus, die Gründerszene, aber auch die Industrie – allein Mercedes-Benz investiert zum Beispiel 500 Millionen Euro am Standort Marienfelde und baut diesen zu einem Hightech-Standort aus. Berlin ist mit jährlich 40.000 Neugründungen unangefochten Deutschlands Gründerhauptstadt. Berlin übt eine besondere Anziehungskraft gerade auf Gründer aus der Kreativwirtschaft und der Technologiebranche aus, wo täglich durchschnittlich zwei neue Start-ups gegründet werden. Ich bin froh, dass wir mit Cornelia Yzer eine engagierte und umtriebige Wirtschaftssenatorin haben, die für ein wirtschaftsfreundliches Klima sorgt und dazu beiträgt, dass Berlin ein attraktiver Standort sowohl für alteingesessene Unternehmen als auch für Neugründungen ist und bleibt. Wir haben die Wirtschaft gestärkt und die Bürger entlastet.

> *„Die Stärkung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind und bleiben unbestritten die wichtigsten Ziele unserer Koalition.“*

POLITIK DER KONSOLIDIERUNG UND ENTLASTUNG DER BERLINERINNEN UND BERLINER

R: Nennen Sie uns bitte Beispiele?
G: Ich möchte gern drei konkrete Beispiele nennen: Direkt zu Beginn der Legislaturperiode haben wir das Straßenausbaubeitragsgesetz wieder abgeschafft. Als es um den Rückkauf von Anteilen an den Wasserbetrieben durch das Land Berlin ging, haben wir als CDU diese Entscheidung mit einer für alle Berlinerinnen und Berliner spürbaren Senkung der Wasserpreise verbunden. Mit dem letzten Haushaltsbeschluss haben wir unter anderem das Schulgeld für die Ausbildung des Erzieher- und Pflegeberufes abgeschafft.

Wir haben in der Wohnungsbaupolitik einen Paradigmenwechsel eingeleitet: Bezahlbare Mieten und Mieterschutz stehen im Vordergrund. Neben bezahlbarem Wohnraum gehört eine gute Gesundheitsversorgung ebenso zu den Grundbedürfnissen der Bürger. Dank unseres Gesundheitssenators Mario Czaja haben die Berliner Krankenhäuser heute wieder eine verlässliche Perspektive. War Berlin in den vergangenen Jahren noch Schlusslicht bei den Pro-Kopf-Ausgaben im Rahmen der Krankenhausinvestitionen, liegen wir auch hier jetzt im Bundesvergleich im Mittelfeld. Das ist wichtig angesichts einer stetig wachsenden Stadt und mit Hinblick auf den demographischen Wandel!

SCHULE OHNE IDEOLOGIEN – KEINE EXPERIMENTE MEHR AUF DEM RÜCKEN DER SCHÜLER UND LEHRER

R: Welche Änderungen konnte die CDU-Fraktion in der Schulpolitik durchsetzen?
G: Wir haben die endlosen Bildungsreformen unter Rot-Rot gestoppt und ziehen mit Lehrern, Eltern und Schülern ideologiefrei an einem Strang. Die aktuelle Ausgangslage in der Schulpolitik ist durch eine lange Kontinuität in der bildungspolitischen Verantwortung der SPD – mehr als 20 Jahre – gekennzeichnet. Damit einher geht ebenfalls eine Kontinuität eines äußerst schlechten Abschneidens bei den Schulleistungsstudien und –vergleichen. Nach zehn Jahren rot-roter Schulpolitik haben wir - im Rahmen des Möglichen - der Schulpolitik mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen eine neue Handschrift verliehen:

Wir haben die Pflicht zum jahrgangsübergreifenden Lernen und den Zwang zur Früheinschulung abgeschafft. Wir haben den Unsinn der Schüler-Lotterie korrigiert und beim Übergang auf die Oberschule die Geschwisterkinderregelung und die Berücksichtigung der Wohnortnähe gesetzlich verankert. Für uns sind Qualität und Vielfalt in der Berliner Schullandschaft entscheidend. Dazu gehören die Freien Schulen genauso wie die Gymnasien. Nur mit uns gibt es ein solch klares Bekenntnis zu den Gymnasien und auch zu den Freien Schulen, keine Abstriche bei den Gymnasien!

> *„Wir wollen, dass Schulen ein Ort der Sicherheit und des Lernerfolgs sind, und nicht der Unsicherheit und des Ärgers andauernder Reformen.“*

R: Immer wieder gab es schwere Gewaltvorfälle an Schulen. Was haben Sie hier konkret getan?
G: Die Meldungen über einen Anstieg von Gewalt unter Schülern und Übergriffe von schulfremden Personen haben uns alarmiert und unmittelbar handeln lassen. Ein sicheres Lebens- und Lernumfeld sind Grundvoraussetzung für eine positive Entfaltung eines jeden Kindes. Wir wollen, dass unsere Kinder in Sicherheit lernen können und vor Übergriffen geschützt werden. Deshalb haben wir gerade an Grundschulen Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit dort zu verbessern, indem wir schulfremden Personen den Zutritt zu den Schulgebäuden erschweren. Wir haben Mittel zur Verfügung gestellt, die die Installation von Videogegensprechanlagen finanzieren und über das Arbeitsförderungsprogramm „Berlin Arbeit“ sogenannte Hausmeisterassistenten an den Berliner Grundschulen eingeführt. Diese gehen zum einen den häufig überlasteten Hausmeistern zur Hand und sollen zum anderen vor allem schulfremde Personen im Blick haben. Schulen sollen Ort des Lernens und der Fürsorge sein.

INNERE SICHERHEIT – GRUNDLAGE FÜR DEN LEBENSORT GROßSTADT

R: Wie sind Sie grundsätzlich bei der Inneren Sicherheit vorangekommen?
G: Die Festigung der Inneren Sicherheit hat Vorrang für uns. Die Berliner CDU-Fraktion war, ist und bleibt die entscheidende politische Kraft für mehr Innere Sicherheit in Berlin. Den verantwortungslosen Personalabbau bei unseren Sicherheitsbehörden durch die rot-roten Vorgänger-Senate haben wir gestoppt. Das bedeutet, dass wir allein bei Polizei und Feuerwehr in dieser Legislaturperiode mehr als 1.200 Stellen geschaffen haben. Dies ist eine deutliche Umkehr des Personalabbaus und ein großer Erfolg unseres Innensenators Frank Henkel.

Wir bereiten die Sicherheitsbehörden darauf vor, auch in der wachsenden Metropole Berlin die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Wir wissen: Die Berlinerinnen und Berliner haben einen Anspruch auf ein Höchstmaß an Sicherheit und auf eine effektive Bekämpfung der Kriminalität in unserer Stadt. Ein unabdingbarer Anspruch der Bürger auf körperliche Unversehrtheit gehört zu unserem Selbstverständnis als Union. Auf jedem U- und S-Bahnhof, jeder Straße und jedem Platz. Die Erhöhung der Videospeicherfristen bei der BVG von 24 auf 48 Stunden möchte ich hier als eine Maßnahme nennen, die nicht nur das Sicherheitsgefühl bei den Kundinnen und Kunden der BVG gesteigert, sondern sich auch bereits bei der Aufklärung von Straftaten als wirksam erwiesen hat.

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität, deshalb wollen wir weiterhin alles tun, um dieses Gut zu schützen.

> *„Die Berliner Polizei leistet jeden Tag enorm viel, damit nirgendwo in unserer Stadt rechtsfreie Räume entstehen.“*

Die Berliner Polizei leistet jeden Tag enorm viel, damit nirgendwo in unserer Stadt rechtsfreie Räume entstehen. Mir ist wichtig, dass in den vergangenen Jahren ein klares Signal zur Stärkung und Effektivierung der Sicherheitsbehörden ausgegangenen ist. Eine solche Sicherheitsoffensive, wie insbesondere mit dem gerade beschlossenen Haushalt, hat es seit der deutschen Einheit nicht gegeben.

Dazu gehört auch, dass wir für unsere Polizisten einen behördlichen Rechtsschutz garantieren. Ich möchte nicht, dass ein Polizist darüber nachdenken muss, wie er eine rechtliche Verteidigung finanzieren kann, wenn er im Dienst von Straftätern angezeigt wird. Ich möchte aber, dass Berlin die sinnvollen Initiativen aus einigen Bundesländern unterstützt, die das Ziel haben, Attacken auf Polizisten als speziellen Straftatbestand im Gesetz zu verankern. Die SPD lehnt das weitestgehend immer noch ab. Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis, schließlich gibt es rund 1.000 gewalttätige Angriffe auf Polizisten pro Jahr. Berlin muss den Polizisten, die täglich für unsere Sicherheit ihren Kopf hinhalten, gewährleisten, dass ihre Sicherheit uns genauso viel wert ist.

R: Sie persönlich haben sich wiederholt dafür ausgesprochen, dass „Opferschutz vor Täterschutz“ gehen muss. Was genau haben Sie damit gemeint?
G: Ich bin unserem Justizsenator Thomas Heilmann ausgesprochen dankbar, dass er den Opferschutz zu seiner Herzensangelegenheit gemacht hat. Über Jahrzehnte hinweg wurde den Opfern von Straftaten kaum eine Beachtung geschenkt: Deshalb haben wir als CDU als erstes Bundesland einen Opferbeauftragten eingesetzt, der sich um Opfer von Straftaten kümmert und wir haben eine Gewaltschutzambulanz errichtet, die Opfern von Gewalt als eine erste Anlaufstelle dient, um versorgt zu werden, Verbrechen zu dokumentieren und letztendlich den Ermittlern zu helfen. Es ist mir wichtig, dass wir den Opfern eine starke Stimme geben.

STÄRKEN DER STADT STÄRKEN

R: Herr Graf, eine abschließende Frage: Wie sehen Sie die Zukunft Berlins?
G: Berlin ist eine Metropole mit hoher Anziehungskraft und Attraktivität. Die Stadt wächst, die Wirtschaft zieht an und die Arbeitslosigkeit sinkt. Und die CDU-Fraktion fördert die positive wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Wir bauen die Spitzenposition Berlins bei Wissenschaft und Forschung, bei Kunst, Kultur, Tourismus und Sport weiter aus. Wir festigen die Innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stellen die Weichen für ein starkes Berlin!

Wir haben Berlin sicherer gemacht

200
neue Stellen bei der ***Berliner Feuerwehr*** *seit 2011*

78
neue Stellen bei der ***Staats- und Amtsanwaltschaft.***

1.000
neue Stellen bei der ***Polizei Berlin*** *seit 2011.*

11,7 Mio.
Euro zusätzlich für eine ***bessere Ausstattung der Polizei***

Damit Berlin die Stadt der Freiheit und des Friedens bleibt.

8%
weniger Wohnungseinbrüche *seit 2013.*

130
neue Stellen im ***Zentralen Objektschutz.***

knapp 13%
Besoldungserhöhung *für Berlins Beamtinnen und Beamte*

Berlin ist sicherer

Das Risiko war seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr so gering, in Berlin Opfer einer Gewalttat zu werden. Und damals lebten noch bedeutend weniger Menschen in der Stadt.

SICHERHEIT ALS VORAUSSETZUNG FÜR FREIHEIT

Innere Sicherheit ist die Grundlage für Gerechtigkeit sowie für Freiheit und Frieden nach innen. Die Menschen sollen sich in Berlin ohne Angst vor Straftaten und Gewalt zu Hause und sicher fühlen. Sicherheit ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Lebensqualität unserer Bürger und ein entscheidender Standortfaktor.

Berlin ist zwar eine schöne, aber auch eine kriminalitätsbelastete Stadt. Mit jährlich rund einer halben Million Straftaten ist die deutsche Hauptstadt überdurchschnittlich mit Kriminalität belastet. Das Feld der Sicherheits- und Ordnungspolitik ist daher für Berlin eine große Herausforderung.

FÜR EIN SICHERES BERLIN

Folglich steht gerade in einer Großstadt wie Berlin die Sicherheit an oberster Stelle und darum haben wir auch die Stärkung dieser Sicherheit zu einem Schwerpunkt unserer Innenpolitik gemacht. Eine tragende Säule bildet dabei die Polizei. Seit jeher ist es ein Anliegen der CDU-Fraktion, sicherzustellen, dass die Funktionsfähigkeit der Polizei zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist.

Wir setzen auf eine verbesserte Polizeipräsenz und auf mehr Beamte im Polizeivollzugsdienst. Schon im Koalitionsvertrag ist es uns zudem gelungen, die Zwangskennzeichnung von Polizeibeamtinnen und -beamten zu verhindern.

NACHWUCHS FÜR DIE POLIZEI

Auch unsere Polizei braucht gut ausgebildete Nachwuchskräfte. Das fordert die CDU-Fraktion Berlin von je her. Um die Einsatzfähigkeit der Berliner Polizei zu erhalten, hat die CDU-Fraktion Berlin seit ihrer Regierungsbeteiligung dafür gesorgt, dass wieder rechtzeitig Nachwuchskräfte ausgebildet werden. Dies war nach dem radikalen Abbau um mehr als Tausend Stellen in den 10 Jahren der Vorgängerregierung auch bitter nötig.

In den ersten vier Jahren der Legislaturperiode wurden insgesamt 350 neue Stellen für hier ausgebildete Anwärterinnen und Anwärter geschaffen. Dazu kommen 130 Stellen im Bereich des zentralen Objektschutzes.

Weitere 71 Stellen, welche bereits gestrichen werden sollten, konnten wir ausfinanzieren und somit erhalten.

Doch nicht nur die Polizei, sondern auch die Feuerwehr, der vollzugsnahe Dienst und die dazu gehörigen Verwaltungen sind wichtige Elemente, die wir in ihrer Arbeit durch Wertschätzung und angemessene Ausstattung unterstützt haben. So wurden rund 100 Stellen beim feuerwehrtechnischen Dienst neu geschaffen.

Außerdem wurden zusätzliche Stellen in der Polizeiverwaltung geschaffen, die sich vor allem mit den Themen Cybercrime, Extremismusbekämpfung und Waffenwesen beschäftigen. So bekämpfen wir wirksam und konsequent Kriminalität.

MEHR RESPEKT FÜR POLIZEI, FEUERWEHR UND ORDNUNGSAMT

Tagtäglich halten Beamtinnen und Beamte sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Justizvollzugsanstalten, Ordnungsämtern und Rettungsdiensten im wahren Wortsinn ihren Kopf für unsere Sicherheit, unsere Gesundheit und unsere Freiheit hin. Der natürliche Respekt geht verloren, die Angriffe nehmen zu.

Das wollen wir nicht weiter hinnehmen. Wir haben daher vorgeschlagen, dass sich das Land Berlin einer Bundesratsinitiative des Landes Hessen zur Schaffung eines eigenen Straftatbestandes für Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten sowie anderer Einsatzkräfte anschließen soll. Bisher wehrt sich leider unser Koalitionspartner noch dagegen.

Wir stehen wir an der Seite der Berliner Polizei. Wir sind der Meinung, dass Polizistinnen und Polizisten auch nach einem Angriff nicht allein gelassen werden sollten. Neben dem System der beamtenrechtlichen Ansprüche haben wir uns seit 2013 dafür eingesetzt, dass die im Dienst verletzten Berliner Polizeibeamtinnen und -beamten besser ihre eigenen zivilrechtlichen Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche gegen die Täter durchzusetzen können. Diese Forderung wurde mit dem Landeshaushalt 2016/2017 umgesetzt.

1.800
Planstellen bei der Berliner Polizei hat der SPD/Linke-Senat abgebaut

1.000
***neue Stellen bei der Berliner Polizei** seit 2011*

KRIMINALITÄT ENTGEGENTRETEN

Wir wollen Sie bestmöglich vor kriminellen Handlungen schützen. Deshalb haben wir die präventive Verbrechensbekämpfung weiter ausgebaut. Gleichzeitig treten wir entschieden Dreck und Verwahrlosung entgegen, da in einem verwahrlosten Umfeld auch die Hemmschwelle sinkt, sich illegal zu verhalten.

Die Doppelstrategie z.B. bei Einsätzen rund um den 1. Mai haben wir weiterentwickelt. So konnte die Zahl der Straftaten und Schäden deutlich reduziert werden. Erfreulich ist auch, dass wir trotz immer noch vorhandener militanter Gewalt den niedrigsten Stand von verletzten Polizeikräften seit Jahren verzeichnen konnten.

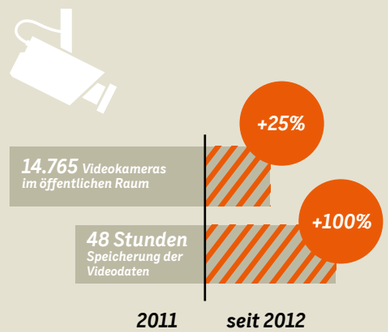
Die Terroranschläge von Paris am 13.11.2015 und Brüssel am 22.03.2016 machen deutlich, dass der internationale Terrorismus nicht an der europäischen Grenze halt macht. Noch im November 2015 haben wir auf die neue Sicherheitslage reagiert und ein Sicherheitspaket für Berlin in Höhe von 50 Millionen Euro geschnürt. Mit diesem Geld soll in den Jahren 2016 und 2017 in die Ausstattung der Polizei, in Terrorbekämpfung, in eine neue Task Force und in weitere Maßnahmen gegen die Organisierte Kriminalität, in Dokumentenprüfgeräte sowie für mehr Rechtsschutz der Einsatzkräfte investiert werden. Die CDU-Fraktion Berlin steht auch weiterhin für eine wehrhafte Demokratie!

Polizeipräsenz schafft Sicherheit. Daher gibt es seit November 2012 die „City Präsenz“ im Bereich City West und seit kurzem auch am Alexanderplatz. Ende 2012 wurde ferner ein Servicebüro der Berliner Polizei in der Wache der Bundespolizei im Bahnhof Zoologischer Garten eingerichtet. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle ihre Beratung wieder vollständig kostenlos anbietet.

In Berlin ist kein Platz für Extremismus jeder Art. Weder für rechtsextreme Gewalttäter, die aus blindem Hass Menschen überfallen, noch für linksextreme Brandstifter. Der Verfassungsschutz wurde daher finanziell wie auch personell von uns gestärkt.

MEHR SICHERHEIT DURCH VIDEOÜBERWACHUNG

Bilder aus Videokameras dürfen seit 2012 nun 48 Stunden gespeichert werden. Das vereinfacht die Strafverfolgung.



STÄRKUNG DER FEUERWEHR

Eine pulsierende Großstadt wie Berlin benötigt auch einen gut funktionierenden Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Die Berliner Feuerwehren – seien es die Berufsfeuerwehren oder die freiwilligen Feuerwehren – leisten hierzu in vorbildlicher Weise ihren Beitrag.

Die Anforderungen an die Feuerwehr haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Wir haben darauf reagiert und in die Ausrüstung der Feuerwehr und insbesondere auch in die Menschen, die letztlich die Feuerwehren bilden, investiert.

Wir sind stolz auf die Berliner Feuerwehr, bei der sich die Berlinerinnen und Berliner sicher sein können, dass sie im Ernstfall bereit stehen und die notwendige Hilfe leisten wird. Die Tätigkeit bei den Feuerwehren und im Katastrophenschutz verdient unsere besondere Anerkennung. Die gilt nicht nur für die hauptamtlich Engagierten, sondern in besonderem Maße auch für alle ehrenamtlich Tätigen, die selbstlos diese wichtigen Aufgaben wahrnehmen. Auch darum haben wir ein Sondersanierungsprogramm für Freiwillige Feuerwehren in Höhe von 8,99 Mio. Euro für die Jahre 2016/2017 aufgesetzt und weitere 4,2 Mio. Euro über das Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt (SIWA) bereitgestellt.

EHRENAMT IST UNVERZICHTBAR

Viele Bereiche des öffentlichen, kulturellen und sportlichen Lebens sind ohne das Engagement vieler ehrenamtlich Tätigen nicht mehr vorstellbar. Fast jeder dritte Berliner ab 14 Jahren engagiert sich ehrenamtlich. Auf diese Weise werden vielfältige Möglichkeiten geboten, das gesellschaftliche Leben aktiv mitzugestalten und eigene Fähigkeiten und Kompetenzen einzusetzen.

Das Abgeordnetenhaus hat im Herbst 2013 einen eigenen Ehrenamtsausschuss gegründet. Dieser hat sich unter der Federführung von CDU und SPD fünf Themenschwerpunkte und einen entsprechenden Aktionsplan beschlossen. Ziel ist es dabei, vor allem Bürgerschaftliches Engagement der Berlinerinnen und Berliner zu würdigen, Problemstellungen zu erfassen und Lösungsansätze zu erarbeiten.

Ein Hauptaugenmerk der CDU-Fraktion wird es sein, Bedingungen zu entwickeln, um Interessierten den Weg ins Ehrenamt zu bereiten. Die städtische Gesellschaft befindet sich in einem stetigen Entwicklungsprozess und somit auch das bürgerschaftliche Engagement. Wir wollen, dass dieses Engagement generations- und herkunftsübergreifend ist und vorhandene Vielfalt und Potentiale nutzt.

STÄRKUNG DER STRAFVERFOLGUNG

Eine starke und effiziente Justiz ist die Voraussetzung für eine effektive Rechtsprechung und eine darauf folgende zügige Vollstreckung der Strafe. Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit ist insbesondere die Bekämpfung der Jugendkriminalität. Wir wollen die Rückfallquoten vor allem bei jugendlichen Straftätern senken. In Neukölln wurde hierfür das Pilotprojekt „Staatsanwaltschaft für den Ort“ gegründet und das bestehende „Neuköllner Modell“ ausgeweitet.

Wir haben den Personalabbau auch bei den Gerichten gestoppt und mit 100 zusätzlichen Stellen gestärkt. Dadurch konnte der Bearbeitungsstau reduziert werden. Durch die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften haben wir die Themen Internetkriminalität und organisierte Kriminalität in den Fokus geholt.

Auch die Belange der Opfer haben in dieser Legislaturperiode politisch mehr Gewicht erhalten. Seit Oktober 2012 gibt es im Land Berlin die Position des Opferbeauftragten, um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hilfsorganisationen zu koordinieren und zu verbessern. Zudem wurde ein neues Verfahren für Opferentschädigungen etabliert. Mit den Gewaltschutzambulanzen an der Charité wurde ein ganz neues Angebot für Opfer von Gewalt geschaffen.

Wir sorgen auch für mehr Sicherheit im Strafvollzug, Mobilfunkblocker sorgen dafür, dass Häftlinge nicht mehr mit geschmuggelten Handys kommunizieren können. So wird es schwerer, Zeugen zu beeinflussen und zugleich wird die Resozialisierung vereinfacht. Drogenspürhunde werden ab September 2016 zum Aufspüren von Waffen und Drogen in den Haftanstalten zum Einsatz kommen. Wir haben die Sozialgerichte in SGB-II-Verfahren entlastet. Durch verständlichere Bescheide werden rund 30% weniger Klagen eingereicht als zuvor. Auch im Bereich von Sorgerechtsstreitigkeiten haben wir die Gerichte entlastet und die Familien gestärkt. Ein bundesweit einmaliges Pilotprojekt hilft bei der Übernahme der Kosten einer außergerichtlichen Mediation. Außerdem haben wir sowohl eine Studie zum Phänomen der Paralleljustiz in Migratenmilieus in Auftrag gegeben als auch hierzu eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe etabliert.

BERLIN IST NUR SO STARK WIE SEIN ÖFFENTLICHER DIENST

Die CDU-Fraktion Berlin und Innensenator Frank Henkel haben Berlins Beamten eine längst überfällige Perspektive geben. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben im Hinblick auf ihre Entlohnung im Vergleich zu den anderen Bundesländern in den letzten Jahren ein Sonderopfer erbracht. Das konnte so nicht weitergehen. Berlin ist daher 2013 richtigerweise wieder Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder geworden, was sich ab 2017 auswirkt. Zur Angleichung an das Besoldungsniveau des Durchschnitts anderer Bundesländer wurde die Besoldung der Beamten angehoben: 2012 und 2013 jeweils um 2 %, 2014 um 3% und 2015 um 3,2 %. Ab dem 1. August 2016 erfolgt mit 3 Prozent die bundesweit höchste Besoldungserhöhung dieses Jahres. Ein erheblicher Schritt im Vergleich zu den Null-Runden der Jahre unter Rot-Rot! Zudem haben wir als Zeichen der besonderen Wertschätzung für langjährig treu geleistete Dienste der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter die unter Rot-Rot abgeschaffte Jubiläumszuwendung wiedereingeführt.

Innerhalb des im November 2015 geschnürten Sicherheitspakets wird die Ausbildung in den Bereichen Feuerwehr und Justiz attraktiver ausgestaltet. Feuerwehr- und Justizanwärter besser vergütet. Hierfür nimmt das Land vier Millionen Euro in die Hand.

Wichtige Grundsatzpositionen der CDU-Fraktion Berlin

- *SCHUTZ VON POLIZEI- UND RETTUNGSKRÄFTEN VERBESSERN*
- *EINFÜHRUNG VON DOKUMENTENPRÜFGERÄTEN IN BÜRGERÄMTERN*
- *GRUNDLAGEN FÜR EIN PERSONALKONZEPT 2020*
- *EFFEKTIVER RECHTSSCHUTZ FÜR BERLINS POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN*

Alle Positionen der CDU-Fraktion Berlin finden Sie unter www.cdu-fraktion.berlin.de

über 5 Mrd.
Euro gibt das Land Berlin im Jahr 2016 für Bildung aus.

72 Mio.
Euro für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas

470 Mio.
Euro für die Sanierung von Schulen und Sportstätten.

5.000
neue Lehrerinnen und Lehrer
seit 2012

71%
der Berliner Kinder von ein bis unter drei Jahren wurden Ende 2014 in Kitas betreut.

Wir investieren in die Qualität der Bildung.

10 Mio.
Euro für das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm

12 Mio.
Euro extra für die **Sanierung von Schultoiletten**

Berlins Bildung ist endlich ideologiefrei

Hinhören. Eltern ernst nehmen. Handeln

Wir haben die ideologischen Fehlstellungen aus rot-roten Zeiten korrigiert und den Elternwillen gestärkt.

BERLINS BILDUNG IN RUHE BESSER GEMACHT

Die CDU-Fraktion hat die Koalition im Bereich Schule auf einen „Schulfrieden“ verpflichtet. Dadurch wurde auf weitere Strukturreformen verzichtet, damit Lehrer und Schüler sich wieder in Ruhe auf den Unterricht konzentrieren können. Diese Zusage haben wir eingehalten, gleichzeitig jedoch eine Vielzahl von Verbesserungen erreicht, die die Berliner Schulen insgesamt leistungs- und zukunftsfähiger machen werden.

ELTERN UND LEHRER ERNST NEHMEN

Wir sind davon überzeugt, dass man gute Bildung nur gemeinsam mit und nicht gegen Lehrer, Eltern und Schüler verwirklichen kann. Für uns hat deshalb ein enger Austausch über die Anliegen, Sorgen und Wünsche von Lehrern, Eltern und Schüler Priorität.

Wir haben den Zwang, jahrgangsübergreifendes Lernen praktizieren zu müssen, abgeschafft. Die Hälfte der Grundschulen, vor allem in den Brennpunktbezirken, sind mittlerweile wieder zu jahrgangsbezogenen Klassen zurückgekehrt. Wir sind überzeugt: Solche pädagogischen Entscheidungen gehören in die Hand der Schule.

Wir haben die Früheinschulung durch eine Verschiebung des Stichtags zurückgenommen. Berliner Schülerinnen und Schüler werden nun wieder regulär mit sechs Jahren eingeschult, die Möglichkeit der früheren und späteren Einschulung bleibt weiter erhalten. Wir sind überzeugt: Diese sensible Entscheidung gehört in die Hand der Eltern.

Die von einer anonymen Kommission erstellten, neuen Rahmenlehrpläne sollten im Schnellverfahren durchgepeitscht werden. Wir haben eine faire Beteiligung und ausreichend Vorbereitungszeit sichergestellt. Über Inhalte und Methoden muss offen diskutiert und so weit wie möglich Einverständnis erzielt werden.

Die Einbeziehung behinderter Kinder in den Regelunterricht muss finanziell und konzeptionell überzeugend gemacht werden. Deshalb haben wir immer wieder auf finanzielle Nachsteuerung, eine schrittweise Vorgehensweise und den Erhalt des Elternwahlrechts gedrungen. Wir sind auch überzeugt: Ohne rechtzeitige Diagnose durch Fachleute ist keine adäquate, individuelle Förderung möglich.

VERBESSERUNGEN BEI DER VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Wir wollen, dass sich möglichst viele junge Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden und richten unsere Politik danach aus. Auch eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann dies befördern. Schon im Koalitionsvertrag wurde festgeschrieben: Der bedarfsgerechte Kitaplatzausbau, also der Ausbau von Betreuungsangeboten in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern, hat für uns Priorität! Auch deshalb konnten seit Beginn der Legislaturperiode 20.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Das ist wichtig für die Familien, denn die Nachfrage nach Kitaplätzen steigt im Land Berlin stetig. Auch im laufenden Doppelhaushalt für die Jahre 2016 und 2017 ist ein weiterer Ausbau der Kitaplätze finanziell abgesichert: Für das Landesprogramm zur Schaffung von Kitaplätzen werden insgesamt 40,2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt (in 2016 23,6 Mio. EUR; in 2017 16,6 Mio. EUR).

Die CDU-Fraktion weiß: Entscheidend für die Qualität der Betreuung von Kindern in Kindergärten sind die Erzieherinnen und Erzieher! Deshalb haben wir im laufenden Doppelhaushalt und durch die Änderungen im Kindertagesförderungsgesetz die Voraussetzungen für deutlich mehr Personal in den Kitas gelegt. U. a. wurde Folgendes beschlossen: In Kitas in sozial benachteiligten Gebieten kann nun in 2016 für mehr als 2 Mio. Euro und in 2017 für mehr als 9 Mio. Euro zusätzliches Personal eingesetzt

werden. Kitas in der ganzen Stadt profitieren u. a. davon, dass in 2016 für mehr als 1 Mio. Euro und in 2017 für mehr als 3 Mio. Euro zusätzliches Personal für die fachliche Begleitung der sogenannten Quereinsteiger, also derjenigen, die schon einen anderen Beruf haben und nun Erzieherin oder Erzieher werden, eingesetzt werden kann. Und vor allem sind nun für 2016 weitere 20 Mio. Euro, für 2017 weitere 40 Mio. Euro für zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher für die jüngsten Berliner Kita-Kinder vorgesehen!

Ein weiterer wichtiger Aspekt - insbesondere für Eltern mit atypischen Arbeitszeiten und Alleinerziehende - ist die Gewährleistung flexibler Kindertagesbetreuung: Das neue Projekt zur Ergänzung des Regelsystems wird nun finanziert.

Auch im Schulbereich konnten wir mehr Familienfreundlichkeit durchsetzen: Geschwisterkinder haben mit der von der CDU-Fraktion durchgesetzten Änderung des Schulgesetzes nunmehr auch die Möglichkeit auf die gleiche Oberschule zu gehen und Schüler, die im Bezirk wohnen, werden bei der Vergabe der bezirklichen Schulplätze der jeweiligen „Zweit- und Drittwunschschule“ bevorzugt behandelt. Diese rechtliche Sicherheit gibt den Berliner Eltern auch mehr Freiheiten bei der Organisation des Alltags.

Eine zusätzliche organisatorische Erleichterung für die Eltern konnte durch die Schließung der Hortlücke in den 5. und 6. Klassen der Grundschulen seit dem Schuljahr 2013/14 geschaffen werden.

Auch gute Beratungsangebote für Familien sind uns wichtig. So konnten seit Beginn der Regierungsbeteiligung der CDU 36 Familienzentren, mit vielfältigen Bildungs- und Beratungsangeboten neu eröffnet und finanziell abgesichert werden.

QUALITÄT UND VIELFALT SICHERN

Wir sind für einen ideologiefreien Blick auf die Schule. Deshalb zählen für uns vor allem die Ergebnisse, die Schulen erbringen und die Akzeptanz, die sie erfahren. Die Vielfalt der Berliner Schülerinnen und Schüler setzen wir mit einer Vielfalt der Schullandschaft gleich. Wichtigstes Anliegen war und ist für uns, immer wieder auf die Sicherstellung von Qualität in der Bildung zu dringen.

Mit dem Bonus-Programm, mit dem Schulen mit Schülern in schwieriger sozialer Lage bis zu 100.000 Euro Extra-Unterstützung erhalten können, haben wir Schulen darin gestärkt, durch eigene, nachprüfbare Schwerpunktsetzungen Verbesserungen herbeizuführen. Dank unseres Einsatzes profitieren auch Schulen in freier Trägerschaft von diesem Programm.

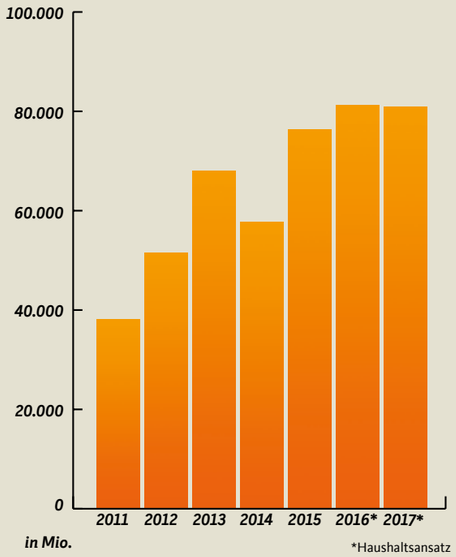
Schulleiter und ihr Team spielen für die Qualität einer Schule eine entscheidende Rolle. Deshalb wird mit der neu eingerichteten Schulleiterakademie, deren Besuch für künftige Schulleiter Pflicht ist, dafür gesorgt sein, dass qualifizierte Führungspersönlichkeiten mit auch mehr (administrativer) Unterstützung als bisher den herausfordernden Spitzenjob des Schulleiters oder der Schulleiterin übernehmen.

Da das Gymnasium trotz kürzerer Lernzeit bis zum Abitur in Klasse 7 alle Schüler aufnimmt, haben wir für diese Klassenstufe eine den Integrierten Sekundarschulen angeglichene Lehrerausstattung durchgesetzt, ebenso wie die weitere Entwicklung des Ganztagsbetriebs an Gymnasien.

Bei der Reform der Lehrerausbildung haben wir durchgesetzt, dass Lehramtsstudenten noch im ersten Abschnitt ihrer Ausbildung ein Semester Praxiserfahrung erwerben. In der Grundschule werden die Grundlagen für den Bildungserfolg gelegt, deshalb haben wir die Grundschullehrerausbildung in Berlin aufgewertet und auf neue, breitere Füße gestellt.

Der Modellversuch „Schnelllerner“ hat sich bewährt, deshalb haben wir dieses Angebot für besonders Begabte in die Reihe der Regelschulen „besonderer pädagogischer Prägung“ aufgenommen und damit gesichert.

ENTWICKLUNG SANIERUNGSMITTEL FÜR SCHULEN IN BERLIN



*Haushaltsansatz

STARK IN PERSONAL UND GEBÄUDE INVESTIERT

Seit 2012 steigen in Berlin die Schüler- und auch die Studierendenzahlen deutlich. Wir haben dafür gesorgt, dass die Investitionen in Bildung noch stärker steigen: Allein der zuletzt vereinbarte Doppelhaushalt 2016/2017 enthält eine Steigerung von 7,2% (rd. 346 Mio. Euro) in 2016 gegenüber 2015 und 2017 werden es noch einmal 3,5% (rd. 178 Mio. Euro) mehr gegenüber 2016 sein. Seit 2014 werden pro Jahr durchschnittlich 2.000 Lehrer eingestellt, wobei aufgrund von Pensionierungswellen, starken Zuzugs, mehr Inklusion und des weiteren Bedarfs an Willkommensklassen und Flüchtlingsunterstützung absehbar noch weiterer Bedarf entstehen wird.

Wir konnten darauf hinwirken, dass bspw. bei Schulhelfern und bei der Erhöhung der Anzahl der Studienplätze in laufenden Haushalten umgesteuert wird. Für eine bessere Bezahlung der Grundschulleiter, die Einstellung von Verwaltungsleitern, Hausmeisterassistenten und IT-Experten haben wir Mittel eingestellt. Allerdings sehen wir angesichts einer zunehmenden Zahl von Quereinsteigern, der Unterrichtsübernahme durch Referendare, der Verschiebung von Oberschullehrern an Grundschulen, regelmäßiger Streiks und genereller Unteraustattung ein ernsthaftes Problem bei der Sicherstellung des Fachkräfteprinzips und der Unterrichtserteilung. Wir haben vorgeschlagen, diesem u. a. durch eine am Bedarf orientierte Erhöhung von Studienplätzen, einem Stipendienprogramm für Studenten die Mangelfächer studieren wollen und dem Angebot der Verbeamtung zu begegnen.

Berlins Schulinfrastruktur wurde unter rot-rot 10 Jahre auf Verschleiß gefahren, der Sanierungsstau ist fast ins Unermessliche gestiegen, die für Bau und Sanierung zuständigen bezirklichen Bauämter wurden kaputt gespart. Die CDU-Fraktion hat – ohne neue Schuldenaufnahme – endlich eine Trendwende eingeleitet: Für Bauinvestitionen steht für 2016 und 2017 die Rekordsumme von 150 Mio. EUR (2015 waren es noch 36,7 Mio. EUR) und für Sanierungen 500 Mio Euro zur Verfügung.

Außerdem wurde das Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm (SSP) auf 64 Mio. Euro pro Jahr verdoppelt. 2016 wird es weiter auf 70 Mio. Euro und 2017 auf rd. 80 Mio. Euro steigen. Aus dem Sondervermögen Infrastruktur Wachsende Stadt (SIWA) wurden 2015 weitere rd. 96 Mio. EUR für Schulsanierungsmaßnahmen und Modulare Ergänzungsbauten zur Verfügung gestellt, die nun verbaut werden.

Wir haben jedoch auch klar gemacht, dass es neben der Bereitstellung höherer Investitionsmittel durch das Parlament notwendig ist, dass die Finanzverwaltung den Bezirken mehr und besser bezahlte Stellen in den Bauämtern genehmigt. Ebenso brauchen wir schnellere Planungs- und Entscheidungsverfahren.

Während SPD und Linke 2011 noch rund ***38,161 Mio. Euro*** *in Berlins Schulen investierte*

stellen SPD und CDU im Jahr 2017 nunmehr ***80,927 Mio. Euro*** *zur Verfügung.*

Wichtige Grundsatzpositionen der CDU-Fraktion Berlin

- STRATEGIEN FÜR BESSERE SCHULE IN BERLIN
- EIN VBB-SEMESTERTICKET FÜR ALLE STUDIERENDEN
- 100 NEUE PROFESSOREN EINSTELLEN – BERLIN EXZELLENZ 4.0
- OFFENE FUNKTIONSSTELLEN ENDLICH BESETZEN UND GRUNDSCHULLEITER BESSER BEZAHLEN!
- IN SICHERHEIT LERNEN: VIER PUNKTE-PROGRAMM ZUM SCHUTZ UNSERER GRUNDSCHÜLER

Alle Positionen der CDU-Fraktion Berlin finden Sie unter www.cdu-fraktion.berlin.de

Berlin ist wirtschafts-stark

1,86 Mio.
Menschen sind erwerbstätig.

Platz 1
Berlin ist ***wichtigster Kongressstandort weltweit!***

2,2 Mrd.
Euro Wagniskapital holten *StartUp Unternehmen nach Berlin*

175.000
neue Jobs, *seitdem die CDU mitregiert*

Wachsende Wirtschaft schafft Beschäftigungshoch in Berlin.

50 Mbit/s
als Mindeststandard im ***gesamten Stadtgebiet***

20 Mrd.
Euro investierten Unternehmen *allein im Jahr 2015 in Berlin*

Top 20
Berlin gehört zu den ***20 wirtschaftlich wichtigsten Städten*** *der Welt.*

2×
Berlins Wirtschaft *ist in 2015 fast* ***doppelt so stark*** *wie im Bund gewachsen*

Niedrigste Arbeitslosenquote seit 1991!

Seitdem die CDU mitregiert, ging die Arbeitslosigkeit um 19,2%, die Jugendarbeitslosigkeit sogar um 40,9% zurück!

ERFOLGREICHE POLITIK FÜR MEHR BESCHÄFTIGUNG, DYNAMIK UND WACHSTUM

Die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellen den gedankliche Überbau unserer Regierungsarbeit dar.

Ein Blick auf die Wirtschaftskennzahlen Berlins macht deutlich: Die Trendwende wurde geschafft. Berlin freut sich über die höchste Beschäftigungsquote seit über 25 Jahren. Die rote Laterne in der Arbeitslosenstatistik ist seit längerer Zeit abgegeben. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung ist bundesweit spitze, die Konjunkturprognosen liegen deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt.

BESCHÄFTIGUNGSHOCH IN BERLIN

Diese erfreuliche Entwicklung spiegelt sich auch bei der Beschäftigung wider, die Konjunktur kommt bei den Berlinern an.

So konnte im Jahr 2015 eine Rekordzahl bei den Erwerbstätigen verzeichnet werden. Insgesamt 1,86 Mio. Menschen sind in Berlin in Lohn und Brot, seit 2012 ein Plus von rd. 138.000 Erwerbstätigen. Ein herausragender Erfolg.

Dieses Wachstum steht auf vielen Säulen. Wir setzen insbesondere auf die Chancen der Digitalisierung in allen Wirtschaftszweigen, bei der Industrie, den Dienstleistungen und dem Handel, bei Handwerk und Tourismus. Doch gute Zahlen sind keine Selbstläufer – es müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Dafür haben wir hart und konzentriert gearbeitet.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG NEU AUFGESTELLT

Wir haben die Struktur der Wirtschaftsförderpolitik des Landes Berlin entwirrt. Mit der Fusion von Berlin Partner und der Technologiestiftung Berlin wurden unterschiedliche Institutionen der Wirtschaftsförderung in eine neue Struktur überführt und aus ihnen die ineinandergreifenden Zahnräder gemacht, die eine Wirtschaftsförderung aus einer Hand benötigt.

Bei der Verwendung der durch den Bund zugewiesenen Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurde das Ruder herumgerissen. Zu häufig war in den letzten 10 Jahren der Mittelabruf zur zielgenauen Regionalförderung unterhalb des Möglichen. Vorhandene Fördermittel wurden für das Land Berlin nicht abgerufen. Berlin nutzt seit Jahren endlich wieder die Förderung des Bundes vollständig aus. Durch die enge Begleitung von Unternehmen und Ansiedelungen war Berlin 2015 das einzige Bundesland, das zusätzliche Mittel, die in anderen Bundesländern nicht eingesetzt wurden, erhalten hat (10 Mio. Euro).

BERLIN BRAUCHT INFRASTRUKTUR – AUCH DIGITAL

Eine leistungsfähige klassische Infrastruktur – bspw. Straßen, Brücken, Schienen – ist nach wie vor ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Hier gilt es in Berlin vorhandene Defizite, d.h. den Sanierungsstau aus den Jahren der Haushaltskonsolidierung, abzubauen.

Wir bekennen uns auch weiter zu großen Projekten der Infrastruktur. Das gilt für den BER – trotz aller Rückschläge, die die Regierenden Bürgermeister dieser Legislatur zu verkraften hatten. Und wir haben die Voraussetzungen geschaffen, dass zum Beispiel durch den Weiterbau der A100 und den Bau der Tangentialen Verbindung Ost der Verkehr auch auf Schnellstraßen durch die Stadt fließen kann.

Berlin braucht aber auch eine moderne digitale Infrastruktur. Es ist dringend notwendig, auch digital Berlins Infrastruktur metropolengerecht auszustatten. Dazu gehört im gesamten Stadtgebiet 50 Mbit/s als Mindeststandard, in digitalen Zentren der Stadt eine Breitbandversorgung > 200 Mbit/s, die Pilotierung des neuen 5G-Netzes mit Testfeldern in Berlin und ja: ein freies WLAN in Berlin.

Die Chancen der Digitalisierung wollen wir auch in der Vernetzung technologiegetriebener Start-Ups und klassischer Industrie heben. Das neu geschaffene Leistungszentrum für Digitale Vernetzung erfüllt hierbei eine wichtige Aufgabe.

BERLIN STÄRKT DEN MITTELSTAND

Wir haben gezielt bei den kleineren Unternehmen angesetzt und mit dem Förderinstrumentarium Mittelstand 4.0 eine Förderlücke geschlossen. Das Programm beinhaltet Maßnahmen von Darlehen bis Haftungsfreistellung der Hausbank in einem Gesamtvolumen von rund 200 Mio. Euro.

A propos Mittelstand: Mit dem Aktionsprogramm Handwerk 2015–2017, welches gemeinsam mit der Handwerkskammer entwickelt wurde, werden Potenziale für Bildung und Fachkräfte freigesetzt. 32 konkrete Einzelmaßnahmen wurden entwickelt, die im Zeitraum von 2015 bis 2017 in Kooperation zwischen dem Berliner Handwerk und dem Berliner Senat umgesetzt werden, um Fachkräfte zu gewinnen und zu binden, die die Stadt dringend braucht.

BERLIN IST ZURÜCK AUF DER LANDKARTE TECHNOLOGIESTARKER INDUSTRIESTANDORTE.

Wir bekennen uns zur Industrie! Die Zeit, in der von der De-Industriealisierung geredet wurde, ist vorbei. Zu einer dynamischen und internationalen Metropole gehört mehr denn je auch eine leistungsstarke Industrie. Allein in den Berliner Schwerpunktbranchen Gesundheitswirtschaft, Digitalwirtschaft, Umwelt- und Energietechnik, Verkehr, Mobilität und Logistik sowie Elektrotechnik sind mehr als 30.000 Unternehmen aktiv.

Für Industrie und Gewerbe gilt es, ausreichend Flächen zur Verfügung zu stellen. Wir setzen auf die Industrie und unterstützen den gerade den im Steuerungskreis verabredeten Weg, Flächenpotentiale auch für die Industrie zu erschließen. Denn Berlin soll nicht nur eine Stadt zum Wohnen bleiben, sondern auch zum Arbeiten. Wohnen und Wirtschaft dürfen auch bei Diskussionen um Ansiedlungsflächen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

BERLIN IST HAUPTSTADT DER GRÜNDUNGEN UND DER RISIKOKAPITALGEBER

Insbesondere bei Gründungen hat Berlin die Konkurrenz hinter sich gelassen. Das Flair keiner anderen Stadt entwickelt diese Dynamik beim Gründungsgeschehen. Diese Ideenschmieden sind eine tragende Säule des wirtschaftlichen Aufschwungs. Und sie machen den Standort interessant. Deutschlandweit wird das meiste Kapital in Berliner Gründer investiert. Und auch international verläuft die Entwicklung erfolgreich.

Die Erweiterung der landeseigenen Venture Capital Fonds, das Landesprogramm ProFIT und die IBB Bet unterstützen diese Entwicklung sehr. Und auch die aus Berlin im Bundesrat angestoßenen Änderungen der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen für die Wagniskapitalfinanzierung sind wichtig für den Standort Berlin. Im Ergebnis holten im letzten Jahr Startups 2,2 Milliarden Euro Wagniskapital nach Berlin. Berlin ist damit VC-Europameister – vor London!

BERLIN ENTWICKELT SEINE ZUKUNFTSORTE

Wir setzen auf die Zukunftsorte Berlins und haben diese kontinuierlich weiter qualifiziert. Tegel soll nicht so konzeptionslos geschlossen werden, wie es durch die Vorgängerregierung bei Tempelhof passiert ist. Der in Tegel geplante Innovationspark für urbane Technologien stellt auch weiterhin einen Meilenstein für die Entwicklung der Stadt von Morgen dar. Sobald der Flughafen geschlossen ist, startet die Entwicklung.

Die Vernetzung der Wirtschaft mit den Berliner Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen ist insgesamt ein Erfolgsmodell. Man sieht das gut an den erfolgreichen Weichenstellungen am Standort Adlershof mit der Ansiedlung der HTW, außeruniversitärer Forschungseinrichtungen der heute mehr als 1.000 Unternehmen. Weitere Beispiele für diese Vernetzung und für Zukunftsorte sind das EUREF-Gelände und der CleanTechPark in Marzahn.

Wir begrüßen die positiven Entwicklungen in Berlin-Buch. Aktuell werden Planung und Durchführung von Neu- bzw. Ausbau von verkehrlichen Maßnahmen zur besseren Anbindung des Campus an den überregionalen Verkehr und die Gewerbeflächenerschließung durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung gefördert, um die Attraktivität des Standorts weiter zu steigern.

Das Charlottenburger Innovation Center CHIC ist am Netz. Am Standort City West/ Campus Charlottenburg entwickelt sich ein Zukunftsort auf mehr als 6.000 qm. Und auch das ehemalige US-Militärkrankenhaus in der Dahlemer Fabeckstraße soll als Zukunftsort zum Technologie- und Gründungszentrum Südwest ausgebaut werden.

BERLIN ENTBÜROKRATISIERT SICH SCHRITT FÜR SCHRITT

Die Ertüchtigung der Institution „Einheitlicher Ansprechpartner“ ist erfolgreich gelungen. Waren es im Jahr 2012 nur 80 Beratungen, werden jetzt bei mehr als 12.000 Fällen jährlich Hilfestellungen für in- und ausländischen Unternehmen gegeben. Es geht darum, schnell und unbürokratisch sowohl Beratungsleistung, Informationserteilung als auch Verfahrensabwicklung zentral zugänglich zu machen.

Mit dem E-Government-Gesetz haben wir die bundesweit ambitionierteste Regelung für eine digitale Verwaltung vorgelegt, denn die Akte soll laufen, nicht der Antragsteller.

Mit der Initiative zur Reform des Vergaberechts und zur Vergabepraxis erfolgte ein Schritt zu weniger Bürokratie und schnelleren Auftragsvergaben. Die erarbeiteten Maßnahmen umfassen Vereinfachungen und innovationsfördernde Neuerungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen für Bieter und Auftraggeber gleichermaßen.

BERLIN IST SMART

Die Verknüpfung des (industriellen) Kerns und der traditionellen Branchen mit neuer Technologie und Digitalisierung ist eine der wesentlichen Chancen Berlins. Um den Anspruch, „die Smart City Europas zu sein“, gerecht zu werden und die wirtschaftlichen Potenziale der Digitalisierung voll auszuschöpfen, sollten in Berlin Anwendungsfelder für smarte und digitale Lösungen urbaner Probleme geschaffen werden. Berlin kann zur Referenzstadt für Produkte und Anwendungen zur Lösung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden. Dafür stehen wir und setzen auf Industrie, Dienstleistungen und die Gründerszene. Für ein wirtschaftliches starkes Berlin.

Wichtige Grundsatzpositionen der CDU-Fraktion Berlin

- *WOHNEN IN BERLIN TXL – SCHAUFENSTER DER SMART CITY BERLIN*
- *ÖFFENTLICHES UND PRIVATES WAGNISKAPITAL FÜR DEN NEUEN KREATIVEN MITTELSTAND*
- *BERLIN ALS HAUPTSTADT DER DIGITALISIERUNG – EINE DIGITALE AGENDA FÜR BERLIN*
- *INTERNATIONALE KONGRESSE NACH BERLIN HOLEN: WORLD HEALTH SUMMIT ALS MODELL FÜR URBAN-TECH-KONGRESSE*
- *WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN – LIQUIDITÄT FÜR BERLINER START-UPS SICHERN*
- *ENERGIENETZE IN BERLIN UNTER STAATLICHER AUFSICHT PROFESSIONELL UND EFFIZIENT BETREIBEN LASSEN!*

Alle Positionen der CDU-Fraktion Berlin finden Sie unter www.cdu-fraktion.berlin.de

Berlins Haushalt der lebendigen Stadt gestalten

0 Cent
neue Schulden seit 2011

Rund 3 Mrd.
Euro Schulden abgebaut

500 Mio.
Euro für Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen für Schulen

Seriöse Haushalts- und Finanzpolitik ist für uns eine Verpflichtung – auch gegenüber den nächsten Generationen.

691 Mio.
Euro für das ***Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt (SIWA)***

113.000
Dienstkräfte in der Berliner Verwaltung

Um etwa 200.000
Menschen wächst Berlin bis zum Jahr 2021

Sparen und investieren

Seitdem die CDU wieder mitregiert, hat das Land Berlin keine neuen Schulden gemacht.

SOLIDE FINANZEN SICHERN POLITISCHE GESTALTUNGS-SPIELRÄUME

Eine nachhaltige Finanzpolitik ist und bleibt der Markenkern der CDU-Fraktion. Wir folgen unserer Philosophie „Sparen und Investieren“, denn: Die Schulden von heute sind die zusätzliche Steuerbelastung von morgen!

Mit einer konsequenten Politik der Haushaltskonsolidierung sorgt die CDU in Berlin dafür, dass die Finanzen des Landes in Ordnung gebracht werden. So wurden die Mehreinnahmen dieser Wahlperiode dafür genutzt, auf eine Nettokreditaufnahme zu verzichten, rund 3 Milliarden Euro Schulden zu tilgen und mit dem sog. SIWA-Fonds 700 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Durch die Verringerung der Schulden von 63 Milliarden Euro auf knapp unter 60 Milliarden Euro und durch die Nutzung der Möglichkeiten auf dem Kreditmarkt konnte die jährliche Zinsbelastung von rund 2,3 Milliarden Euro pro Jahr auf ca. 1,7 Milliarden Euro reduziert werden. Das bedeutet eine Entlastung von rund 600 Millionen Euro pro Jahr und zeigt: Haushaltssanierung ist kein Selbstzweck. Sie eröffnet neue Möglichkeiten der politischen Gestaltung.

Die CDU-Fraktion Berlin hat dafür gesorgt, dass dieser Gestaltungsspielraum an den richtigen Stellen genutzt wird – im Bereich Infrastruktur der wachsenden Stadt, in Schulen, Krankenhäusern und in der kulturellen Landschaft.

Das ist möglich, da es der Berliner Wirtschaft dank CDU-geführter Wirtschaftspolitik gut geht. Die Steuereinnahmen stiegen um 2,8 Milliarden Euro. Dieses satte Plus von 25% geht vor allem auf die positive Entwicklung der Lohnsteuer zurück.

Doch obwohl die Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen und der wachsenden Stadt stiegen, kamen wir ohne Neuverschuldung aus. Berlin kann seine Verpflichtungen, die es mit dem Abschluss der Vereinbarung zum Sanierungsprogramm in 2012 eingegangen ist, erfüllen und 2016 erfolgreich abschließen. Damit hat Berlin die Weichen gestellt, um den finanzpolitischen Anforderungen der Schuldenbremse schon frühzeitig gerecht zu werden und den sinkenden Finanzzuweisungen aus der Europäischen Union und des Bundes zu begegnen.

24,1 Mrd. Euro
neue Schulden *wurden unter dem SPD/Linke-Senat aufgehäuft*

3 Mrd. Euro
Schulden wurden abgebaut, *seitdem die CDU mitregiert*

HAUSHALT

SIWA – WIR DENKEN HEUTE SCHON AN MORGEN.

Mit der Schaffung des Sondervermögens Infrastruktur der wachsenden Stadt (kurz SIWA) sind wir neue Wege gegangen. Wir haben gesetzlich festgeschrieben, dass zukünftig jeder Finanzierungsüberschuss hälftig für die Schuldentilgung und für Investitionen zu nutzen ist - getreu unserer Philosophie „Sparen und Investieren“.

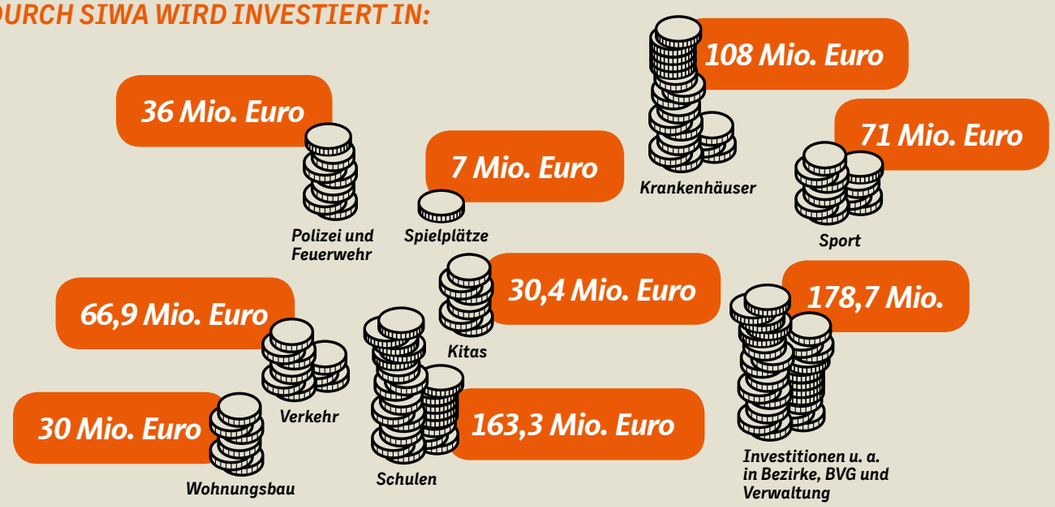
Einerseits schreitet das Land Berlin so konsequent auf dem Schuldenabbaupfad voran – andererseits kann Berlin mit dem Sondervermögen gezielt und schnell auf die Erfordernisse der wachsenden Stadt reagieren. So flossen nach dem Jahresabschluss 2014 zusätzlich 496 Millionen Euro und nach dem Jahresabschluss 2015 weitere 195 Millionen Euro in das Sondervermögen. Insgesamt also rund 691 Millionen Euro!

Aus der ersten Tranche werden über 140 Maßnahmen finanziert – von großen Projekten wie der Beschaffung von U-Bahnfahrzeugen, dem Neubau einer Rettungsstelle oder dem zweier Multifunktionsbäder in Tempelhof und Pankow bis hin zu vielen weiteren Maßnahmen wie der Sanierung von Sporthallen, dem Neubau von Kinderspielplätzen oder der Sanierung von Seniorenbegegnungsstätten.

Mit der neuen Zuweisung wurde 2015 ein Schwerpunkt auf Investitionsmaßnahmen im Bereich Schulen, Unterkünfte für Geflüchtete und insbesondere für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gesetzt. Darüber hinaus sollen mit Hilfe von SIWA-Mitteln in Kindertagesstätten bei den Kita-Eigenbetrieben des Landes und bei privaten Trägern rund 2.600 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden.

Allen SIWA-Maßnahmen ist gemein, dass sie direkt und sichtbar die Infrastruktur unserer Stadt aufwerten und das Zusammenleben von jungen und alten, neuen und alteingesessenen Berlinerinnen und Berlinern spürbar verbessern.

DURCH SIWA WIRD INVESTIERT IN:



LIEGENSCHAFTSPOLITIK – WIR MACHEN WAS AUS BERLIN.

Mit der Neuordnung der Liegenschaftspolitik hat die CDU-Fraktion die Weichen dafür mitgestellt, dass bei der Verwertung öffentlicher Grundstücke zunehmend auch die Vermietung und die Vergabe in Erbpacht Berücksichtigung finden. Das öffnet nicht nur die Möglichkeit einer nachhaltigen Bestandspflege des Immobilienvermögens, sondern bietet auch die Chance einer konzept- und nutzungsorientierten Grundstücksverwendung. Damit generiert das Immobilienvermögen Berlins eine nachhaltige, langfristige Einnahmequelle für die Stadt und trägt dazu bei, für vielfältige Bedarfe in der Stadt Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Berlin hat eine Fläche von rund 89.000 Hektar (890 km²). Knapp die Hälfte der Fläche befindet sich im Eigentum des Landes Berlin. Darunter fallen Verwaltungsgebäude, Schulen, Kitas, Sportplätze, Kultureinrichtungen, oder Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, aber natürlich auch Gewässer, Wälder, Grünanlagen und Straßen.

Die Verwaltung dieser Grundstücke und Gebäude ist eine große Herausforderung, aber eine noch viel größere Chance. Ein zielgerichteter und strategischer Umgang mit den landeseigenen Grundstücken ist ein wichtiges Instrument zur nachhaltigen Gestaltung unserer Stadt.

Nach dem im September 2012 beschlossenen Liegenschaftskonzept können nicht mehr benötigte Immobilien zukünftig nach verschiedenen Vergabeverfahren vergeben werden. Wir haben nun für das Parlament die Möglichkeit geschaffen, mit der Vergabe der Grundstücke oder Gebäude verstärkt strategische Ziele im Bereich der Wirtschafts-, Wohnungs-, Kultur- oder Stadtentwicklungspolitik umzusetzen.

Bei den neuen Vergabemethoden fließen dem Land Berlin nicht nur einmalige Verkaufserlöse zu, sondern sie erzielen für das Land langfristig Erlöse aus „Stadtrenditen“. Das ist seriöse und zukunftsgerichtete Haushaltspolitik, die nicht nur an das hier und jetzt denkt, sondern auch an das Morgen.

WEICHEN FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE VERWALTUNG GESTELLT

SPD und LINKE haben in den Jahren 2001 bis 2011 die Berliner Verwaltung, aber auch die Bezirksverwaltungen durch einen ideologisch geprägten Personalabbau geschwächt. Die konsequente Durchsetzung des Personalabbauplans auf die ausgerufene Zielzahl von 100.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst hätte zu einer Lähmung der Stadt geführt.

Die Berliner Verwaltung beschäftigt derzeit rund 113.000 Dienstkräfte. Bis Ende 2021 werden nahezu 30.000 Beschäftigte altersbedingt ausscheiden. Wir haben daher bereits mit dem Ausbildungsjahr 2013/2014 eine Ausbildungsoffensive auf Grundlage eines langfristig an den Bedarf orientierten Ausbildungskonzeptes gestartet.

Mit dem von uns eingeläuteten Strategiewechsel in der Personalpolitik modernisieren wir den öffentlichen Dienst in Berlin personell, strukturell und organisatorisch. Das gilt im Großen wie im Kleinen. Um die Aufgaben der wachsenden Stadt zu erfüllen, wurden mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 rund 4.100 neue Vollzeitstellen in den Hauptverwaltungen und rund 300 Vollzeitstellen in den Bezirken bewilligt. Seit 2016 wirbt Berlin unter dem Slogan „Hauptstadt machen“ um qualifiziertes Personal für die ca. 80 Berufsfelder der öffentlichen Verwaltung.

Wichtige Grundsatzpositionen der CDU-Fraktion Berlin

- SCHULDEN ABBAUEN UND INVESTIEREN.
- ÜBERNAHME DER BAFÖG-FINANZIERUNG DURCH DEN BUND: ZUSÄTZLICHE MILLIONEN FÜR DIE FINANZIERUNG VON BILDUNG IN BERLIN VERWENDEN!
- GRUNDLAGEN FÜR EIN PERSONALKONZEPT 2020.
- WIR BRINGEN BERLIN AUF KURS: SOLIDE HAUSHALTSPOLITIK UND WIRTSCHAFTLICHES WACHSTUM.
- TRANSPARENTE LIEGENSCHAFTSPOLITIK FÜR BERLIN.

Alle Positionen der CDU-Fraktion Berlin finden Sie unter www.cdu-fraktion.berlin.de

Berlin blüht auf

1,9 Mrd.
Euro für den Regional und S-Bahnverkehr

Verlängerung der U5, neue Tramlinien M5, M8 und M10

14.276
Baugenehmigungen pro Jahr

34 Mio.
Euro für Radwege

Wir haben kein Verkehrsmittel gegen ein anderes ausgespielt und den Schalter beim Wohnungsbau umgelegt.

40.000
Menschen
ziehen jährlich nach Berlin

8,8 Mio.
Euro für Gehwege

11,2 Mio.
Euro zur Förderung **der Elektromobilität**

100 Mio.
Euro für die Sanierung von Schlaglöchern

Starker ÖPNV

Damit Sie auch morgen pünktlich und bequem ankommen, investieren wir 3,6 Milliarden Euro allein in die BVG, die S-Bahn und den Regionalbahnverkehr.

BERLIN BLÜHT AUF

Die Stärken der Stadt nach vorne zu stellen und weiter auszubauen, das hatten wir uns für diese Wahlperiode vorgenommen. Mit Erfolg: Seitdem die CDU wieder Regierungsverantwortung übernommen hat, blüht die Stadt auf. 175.000 Menschen sind bis Ende 2014 seit 2011 nach Berlin gezogen. Jährlich kommen weit mehr als 40.000 Menschen nach Berlin.

Die weiter anwachsende Stadt stellt Berlin aber auch vor Herausforderungen, da unter dem Vorgängersenat insbesondere das Thema Wohnungsbau und Infrastruktur sträflich vernachlässigt wurde. Die Auswirkungen spüren die Berlinerinnen und Berliner täglich.

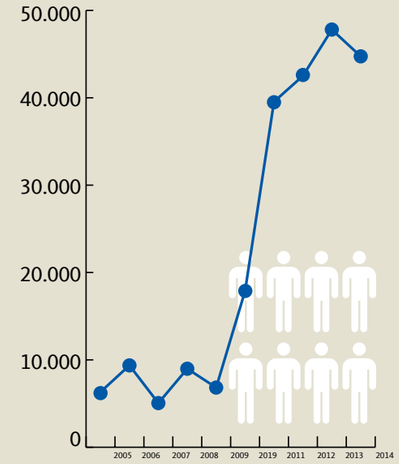
FUNKTIONIERENDE INFRASTRUKTUR ALS STANDORTVORTEIL

Die CDU-Fraktion Berlin ist der Auffassung, dass eine funktionierende und gut ausgebaute Infrastruktur ein wichtiger Faktor für das Funktionieren einer wachsenden Metropole wie Berlin ist. Für Unternehmen, die in Berlin produzieren, ist eine gute und schnelle Anbindung auf dem Land-, Schienen-, Wasser- oder Luftweg ein enormer Standortfaktor. Wir setzen uns daher für eine ganzheitliche und zukunftsfähige Verkehrspolitik ein.

Das Land Berlin und die BVG haben den Grundstein dafür gelegt, dass die BVG mindestens bis zum Jahr 2035 das starke Rückgrat des Berliner ÖNPV bleibt. Dafür hat die BVG eine Fahrzeugfinanzierungsgesellschaft gegründet. Bei einem Investitionsvolumen von insgesamt 3,1 Milliarden Euro bis 2035 bedeutet das jährliche Investitionen von durchschnittlich 155 Millionen Euro für neue Fahrzeuge. Das war dringend nötig, denn allein im Bereich der U-Bahn haben die Wagen, die für die U-Bahn-Linien U 1 bis U 4 mit ihren schmaleren Tunneln geeignet sind, ein Durchschnittsalter von 27 Jahren erreicht. Auch bei der S-Bahn haben wir durch eine Neuausschreibung der S-Bahn-Verträge langfristig Sicherheit geschaffen.

Mit leistungsfähigen Hauptverkehrsadern minimieren wir den Durchgangsverkehr in Wohngebieten. Wir haben die Verlängerung der A100 vom Autobahndreieck Neukölln zum Treptower Park vorangetrieben und wollen diese zu einem späteren Zeitpunkt noch bis zur Frankfurter Allee verlängern. So könnten große Bereiche der Innenstadt, insbesondere Wohngebiete in Neukölln, Treptow, Kreuzberg, Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Mitte endlich nachhaltig vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Parallel haben wir den Weiterbau der „Tangentialen Verbindung Ost“ (TVO) abgesichert. Für gut 80 Millionen Euro wird eine vierspurige Stadtstraße zwischen der Märkischen Allee (B 158) und der Straße An der Wuhlheide gebaut werden.

JÄHRLICHES BEVÖLKERUNGSWACHSTUM



INVESTITIONEN IN DIE BERLINER INFRASTRUKTUR

Seitdem die CDU wieder Regierungsverantwortung trägt, wurde auch wieder gezielt in die Berliner Verkehrsinfrastruktur investiert: Mit insgesamt 3,7 Milliarden Euro haben wir Schwerpunkte auf Geh- und Radwege, marode Straßen, den ÖPNV und den Regional- und S-Bahnverkehr gesetzt. Wir haben Maßnahmen getroffen, um das System der Leihfahrräder ebenso wie die Elektromobilität zu fördern.

Seit 2014 gibt es auf Betreiben der CDU-Fraktion Berlin ein Schlaglochsonderprogramm für die Berliner Bezirke. Diese haben 25 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich dafür erhalten, dass Berlins Straßen schnell von Frost- und Korrosionsschäden befreit und nervige Buckelpisten ausgeglichen werden.

Parallel zur Verstärkung der Investitionsmittel haben wir uns intensiv mit den Fragen beschäftigt, wie der Verkehr in der Hauptstadt zu planen, zu organisieren und zu führen ist und wie Verkehrsabläufe optimaler gestaltet werden können. Insbesondere bei der Organisation der Baustellen durch die Verkehrslenkung Berlin ist noch viel Luft nach oben. In einem ersten Schritt haben wir die Verkehrslenkung personell verstärkt.

WOHNUNGEN MIT BEZAHLBAREN MIETEN FÜR DIE WACHSENDE STADT

In der wachsenden Stadt werden neben einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur natürlich auch Wohnungen benötigt. Die Koalition hat in einem ambitionierten Wohnungsbauprogramm die Grundlagen dafür gelegt, in den kommenden 8 bis 10 Jahren den Bestand an bezahlbaren Wohnungen um rd. 50-60.000 zu erhöhen.

MEHR PERSONAL UND PRÄMIEN FÜR SCHNELLERE GENEHMIGUNGEN

Um diese ehrgeizigen Ziele auch zeitnah erreichen zu können, haben wir dafür gesorgt, dass die zuständigen bezirklichen Genehmigungsstellen mit mehr Fachpersonal ausgestattet werden. Als einen besonderen Anreiz haben wir eine sogenannte „Sprinterprämie“ für schnelle Baugenehmigungen geschaffen. Im Rahmen dieser Regelung werden den bezirklichen Genehmigungsämtern 500 Euro pro genehmigter Wohneinheit ausgezahlt.

Erste Erfolge waren bereits nach wenigen Monaten zu verzeichnen: Während unter dem SPD/Linke-Senat noch durchschnittlich 5.500 Baugenehmigungen pro Monat erteilt wurden, konnten wir die Anzahl der Genehmigungen auf durchschnittlich 12.300 pro Monat steigern.

WOHNUNGSBAUFÖRDERFONDS MIT 320 MIO. EURO GEFÜLLT

Zur Erhöhung des Wohnungsangebots haben wir 2014 erstmals seit Jahren wieder ein Wohnungsbauförderprogramm beschlossen. Mit insgesamt 320 Millionen Euro sollen für 5 Jahre rund 10.000 neue Wohnungen pro Jahr in einem sozialverträglichen Mietensegment von 6,00 - 8,00 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche errichtet werden können. Dabei orientieren wir uns bei der Neubauförderung auf solche Objekte, die mindestens ein Drittel Belegungsbindungen (Mietpreisbindungen) aufweisen. Außerdem fördern wir damit Familienbaudarlehen und altersgerechtes Wohnen.

Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 hat die Koalition noch einmal zusätzliche Zuschüsse in Höhe von 62 Millionen Euro zur Begrenzung der Mieten im sozialen Wohnungsbau beschlossen.

MIETPREISBREMSE

Seit 2015 gilt in Berlin für Neuvermietungen eine Mietpreisbremse. Sie soll Wohnungssuchende vor überzogenen Mietsteigerungen und vor dem Ausnutzen von Zwangslagen schützen. In Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt darf bei einem Mieterwechsel die neue Miete künftig maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen. Bestandsmieter werden durch die sogenannte Kappungsgrenze geschützt: In Berlin darf die Miete innerhalb von drei Jahren um höchstens 15 Prozent steigen.

durchschnittlich
5.455
Baugenehmigungen pro Jahr *unter dem SPD/Linke-Senat*

durchschnittlich
14.276
Baugenehmigungen pro Jahr
seitdem die CDU mitregiert

VERANTWORTUNG STÄDTISCHER GESELLSCHAFTEN

Auch beim Wohnungsbestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben wir den Schalter umgelegt. Von 2001 bis 2011 sank deren Bestand zum Beispiel durch den Verkauf der GSW von 385.952 auf 268.469 Wohnungen. Seit 2012 wird umgesteuert. So sind jetzt wieder 292.711 Wohnungen in städtischem Eigentum. Unser Ziel ist es, diese Zahl auf 400.000 anwachsen zu lassen.

MIETENBÜNDNIS – BEGRENZUNG UND PLANUNGSSICHERHEIT

Mit Beginn unserer Regierungsbeteiligung haben wir uns als CDU-Fraktion dafür eingesetzt, dass der Berliner Senat mit den sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften als den zentralen Partnern ein „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ beschließt.

Dieses Mietenbündnis stellt seit dem Jahr 2012 sicher, dass die Miete nicht mehr als 30 Prozent des Haushaltseinkommens kosten darf und Mieterhöhungen entgegen den gesetzlichen Möglichkeiten eingeschränkt bleiben. Dies gibt den Bestandsmietern mehr Planungssicherheit und schafft eine stabile soziale Zusammensetzung der Bewohner. Insgesamt sind für diese Maßnahmen 100 Mio. Euro für die nächsten fünf Jahre angesetzt worden und stehen auch zur Verfügung.

Nach 10 Jahren rot-roter Politik des Stillstands beim Wohnungsneubau haben wir den Hebel umgelegt.

Wichtige Grundsatzpositionen der CDU-Fraktion Berlin

- ES LÄUFT IN BERLIN! ABER WIRD DIE STADT AUCH AN ALLEN STELLEN GUT GEMANAGT
- EIN VBB-SEMESTERTICKET FÜR ALLE STUDIERENDEN.
- STRATEGIEN FÜR SCHNELLEN WOHNUNGSNEUBAU UND BEZAHLBARE MIETEN IN BERLIN.
- WOHNEN UND WOHNUNGSNEUBAU IN BERLIN – LEBENSWERT UND FINANZIERBAR

Alle Positionen der CDU-Fraktion Berlin finden Sie unter www.cdu-fraktion.berlin.de

Politik für die Menschen

Statt immer neuer Gebühren haben wir den Servicegedanken gestärkt und die Berlinerinnen und Berliner entlastet.

BERLIN IST DIE HAUPTSTADT DES SPORTS

Berlin ist als Austragungsort vielfältiger Sportgroßereignisse nicht erst seit der Fußball-WM 2006 weltweit bekannt und beliebt. So finden hier mittlerweile neben vielen anderen Events auch die World-Tour im Beachvolleyball, ein Triathlon, der Berlin-Ironman, das Internationale Stadionfest (ISTAF) sowie selbstverständlich und traditionell auch der Berlin-Marathon statt.

Für die CDU-Fraktion Berlin ist die vielschichtige Förderung des Sports von besonderem Interesse. Uns geht es dabei um den Leistungs-, aber auch und besonders um den Breitensport, die unzähligen Vereine und natürlich den Schulsport.

Die Sportbegeisterung der Berlinerinnen und Berliner zeigt sich nicht nur bei unzähligen Großveranstaltungen, sondern auch und vor allem bei dem tagtäglichen zumeist ehrenamtlichen Engagement. Der Sport wäre ohne diese enorme ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen und Fachverbänden nichts. Die rund 60.000 Ehrenamtlichen in über 2.000 Sportverbänden und -vereinen sind die größte Stärke des Berliner Sports. Mit dem neu gegründeten Ausschuss für bürgerschaftliches Engagement haben wir ein zusätzliches Forum für die Menschen geschaffen, die sich Tag für Tag für unsere Stadt verdient machen. Auch hier findet Sport als Querschnittsthema eine Berücksichtigung und somit Anerkennung.

SPORT IST UNS WAS WERT… !

Wir haben die Zuschüsse für das Vereinsinvestitionsprogramm und die Trainer erhöht und Projekte wie „Profivereine machen Schule“ sowie „Schule und Sport“ unterstützt. Dieses Geld kommt im Besonderen der Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen zugute. Zudem haben wir das Sportstättensanierungsprogramm bereits 2014 von 32 auf 64 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt. Für die Vorbereitungen des Deutschen Turnfests 2017 und der Leichtathletik EM 2018 in Berlin investieren wir noch einmal 28,2 Millionen Euro.

BERLINER BÄDER – TRAININGSEINHEITEN UND FREIZEITSPASS

Es ist uns gelungen, die Bäder-Betriebe neu aufzustellen und zu strukturieren. In 62 über die gesamte Stadt verteilten Bädern können jährlich rund 6 Millionen Berlinerinnen und Berliner entspannen, planschen, Schwimmen lernen oder abtauchen. In den zehn Jahren SPD-/LINKE-Regierung wurde die Struktur unserer Bäder jedoch systematisch kaputtgespart. In der Folge mussten deshalb elf Bäder geschlossen und die Eintrittspreise erhöht werden. Wir haben die Zuschüsse systematisch wieder auf nunmehr 49 Millionen Euro pro Jahr erhöht und rund 6 Millionen Euro pro Jahr für bauliche Investitionen zur Verfügung gestellt.

Mit zusätzlichen 25 tarifgebundenen, unbefristeten Vollzeitstellen haben wir im Mai 2016 die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Sommerbäder in der gesamten warmen Jahreszeit und nicht nur während der Ferien öffnen. Wir erwarten, dass alle Bäder künftig mindestens von 8 bis 20 Uhr nutzbar sind.

Mit dem Bäderkonzept 2025 haben wir zudem klar gesagt, dass es keine Schließung von Bädern geben soll. Über das neugeschaffene Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) sollen sogar zwei neue Multifunktionsschwimmbäder in Mariendorf und Pankow entstehen.

STRASSENAUSBAU-BEITRAGSGESETZ ABGESCHAFFT

Auf Druck der CDU-Fraktion Berlin wurde das sogenannte Straßenausbaubeitragsgesetz bereits wenige Monate nach der Abgeordnetenhauswahl 2011 wieder abgeschafft!

Das im Jahr 2006 gegen den erheblichen Widerstand der CDU eingeführte Gesetz entpuppte sich schnell als reine Abzocke: Anwohner mussten für den Ausbau von Straßen vor ihrer Haustür Beiträge von durchschnittlich mehreren tausend Euro pro Grundstück zahlen.

Die CDU-Regierungsbeteiligung machte es 2012 möglich, dass kein Anwohner mehr zusätzlich für den Straßenausbau bezahlen muss. Und: Alle, die schon Beiträge entrichten mussten, bekamen auf Antrag ihr Geld zurück! Mehr als 620.000 Euro!

NIEDRIGERE WASSERPREISE ENTLASTEN DIE BERLINERINNEN UND BERLINER

Die Berliner Wasserbetriebe wurden gleich zu Anfang dieser Wahlperiode neu ausgerichtet. Das Land Berlin hat seinen Einfluss auf das Unternehmen gestärkt, in dem es Anteile am Unternehmen zurückgekauft hat. Unser wesentliches Ziel war hierbei eine Senkung der Wasserpreise für die Berliner Verbraucher. Die Wassertarife sollten langfristig wirksame um mindestens 15 Prozent beim Frischwasser sinken. Insgesamt 60 Millionen Euro entlasteten die Berliner Wasserkunden, die mit den Abrechnungen 2013 erstattet wurden.

NEUES PERSONAL SORGT FÜR ENTLASTUNG VON BERLINS BÜRGERÄMTERN

Berlin wächst. Dies spüren als erstes die Bezirke und die Bürgerämter. Neu-Berliner wollen sich an- und ummelden, neue Personalausweisdokumente oder auch Führerscheine beantragen. Die Berliner Verwaltung muss dieser gestiegenen Anfrage gerecht werden. Der von SPD und Linke in den Jahren 2001 bis 2011 vorangetriebene Personalabbau in den Bezirken und der damit verbundene vorprogrammierte Service-Rückgang stand im klaren Widerspruch zu den steigenden Einwohnerzahlen. Wir haben auch hier umgesteuert und die Bezirke mit neuem Personal gestärkt. Insgesamt mit 117 neuen Personalstellen haben wir seit 2014 systematisch die Bürgerämter verstärkt.

52,6 Mio
Euro stellten SPD und LINKE für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung.

Im Jahr 2017 stehen nunmehr
109,2 Mio.
Euro dank CDU-Regierungsverantwortung für ***Krankenhausinvestitionen bereit.***

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT GESTÄRKT

Seit mehr als 20 Jahren sind die Berliner Mobilitätshilfedienste als gesamtstädtisches Vorhaben bundesweit einmalig. Die Mobilitätshilfedienste bieten Begleitung von mobilitätseingeschränkten Personen bei Besuchen von Freunden und Angehörigen, bei kulturellen Veranstaltungen, beim Einkauf oder auch beim Spaziergang an. Die CDU-Fraktion Berlin unterstützt dieses wichtige Angebot seit Jahren. Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 haben wir die Mobilitätshilfedienste nicht nur gesichert, sondern auch mit zusätzlichen zwei Millionen Euro pro Jahr ausgebaut.

Für das Angebot der Stadtteilzentren wurden während der Legislatur 1,1 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt und neue Stadtteilzentren geschaffen. Mit dem Versorgungskonzept 80 plus haben wir die Gesundheit im hohen Alter sektorenübergreifend gestärkt.

BERLINER KRANKENHÄUSER ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

Auch bei den Berliner Krankenhäusern hat sich in zehn Jahren SPD und LINKE-Regierung ein erheblicher Investitionsrückstau gebildet. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die stationäre und ambulante Versorgung verbessert, eine stabile wohnortnahe Versorgungskette für die Patienten aufgebaut, sowie eine gleichmäßigere Ärzteversorgung in allen Bezirken gewährleistet wird. Mit einem Konzept zur Versorgungssteuerung und dem jüngst beschlossenen Krankenhausplan 2016 gehen wir diese Punkte an. Mit der CDU in Regierungsverantwortung ist das Land Berlin gänzlich neue Wege in der Krankenhausfinanzierung gegangen. Während SPD und Linke noch rund 52,6 Mio. Euro in 2010 zur Verfügung stellten, haben wir die Mittel sukzessive um mehr als das Doppelte auf 109,2 Mio. Euro erhöht. Mit weiteren Mitteln aus dem Sonderinvestitionsfonds für die wachsende Stadt wurden wichtige Maßnahmen wie Sanierung und Erweiterung von OP-Kapazitäten oder Neubauten von Notfallaufnahmen bzw. Rettungsstellen finanziert.
Die Sicherstellung der Notfallversorgung unter möglichst hoher Qualität ist ein wichtiges Anliegen. Daher haben wir die Qualitätsanforderungen weiterentwickelt, um die Versorgungsqualität in den Notaufnahmen weiter konkret zu verbessern. Die Einführung eines elektronischen Bettenregisters ist ein weiterer Schritt zu einer schnelleren Notfallversorgung.

Durch eine Vielzahl an Maßnahmen wie die Einführung der Pflegehelferausbildung, eine massive Vergütungssteigerung bei der ambulanten Pflege, der Abschaffung des Pflege-Schulgeldes wurde der immer wichtiger werdende Pflegeberuf gestärkt. Darüber hinaus haben wir ehrenamtliche Strukturen und die Selbsthilfe in Berlin auch für pflegende Angehörige gestärkt. Die neugeschaffenen Kontaktstellen PflegeEngagement sowie das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung haben sich erfolgreich bewährt.

Wichtige Grundsatzpositionen der CDU-Fraktion Berlin

- ***BERLIN 2020: BERLINER GESUNDHEITSWIRTSCHAFT STÄRKEN, EUROPÄISCHE GESUNDHEITSHAUPTSTADT WERDEN.***
- ***BADEN IN DER SPREE MÖGLICH MACHEN.***
- ***SPITZEN- UND BREITENSPORT OLYMPIAREIF!?***
- ***BERLINER WASSERBETRIEBE: KEIN ANTEILSRÜCKKAUF OHNE WASSERPREISSENKUNG.***

Alle Positionen der CDU-Fraktion Berlin finden Sie unter www.cdu-fraktion.berlin.de

Die Stadt von Morgen gestalten

Wir denken nicht nur an das Hier und Jetzt, sondern stellen schon die Weichen für eine gute Zukunft Berlins.

STARKE BESCHLÜSSE FÜR DIE STADT VON MORGEN

Die CDU-Fraktion Berlin will „Heute schon an Morgen denken!“. Dies zeigen wesentliche Beschlüsse der CDU-Fraktion in den letzten Jahren, die in Regierungshandeln umgesetzt werden konnten. Die Entscheidungen, die wir heute treffen, sind für nachfolgende Generationen und die weitere Entwicklung unserer Stadt von herausragender Bedeutung.

Dies gilt im Besonderen für eine wachsende Stadt wie Berlin, die sich immer stärker als internationale Metropole begreift. Die Herausforderungen Berlins des 21. Jahrhunderts sind das Zusammenbringen von Stadtwachstum, technologischem Wandel und nachhaltiger Entwicklung.

Große Städte sind die Schrittmacher unserer Gesellschaft. Berlin kann mit einer Zukunftsvision in vielfältiger Art und Weise auch Vorbild für andere große Städte sein.

Heute schlüssige Gedanken auf die Frage zu entwickeln, wie die Städte der Zukunft aussehen, wie sie funktionieren, wie sich die Gesellschaft verändert, wie Leben und Arbeiten in Zeiten des rasanten technologischen Fortschritts korrespondieren, wie nachhaltige Stadtentwicklungspolitik gestaltet werden kann, ist die zentrale Aufgabe zukunftsorientierter Metropolenpolitik.

MODERNE STADTENTWICKLUNG NACHHALTIG GESTALTEN

Nach zehn Jahren rot-roten Schlendrians war die Stadt denkbar schlecht vorbereitet auf das rapide Bevölkerungswachstum der letzten Jahre. Dank der CDU-Fraktion konnte das Ruder in der Stadtentwicklungspolitik herumgerissen und Berlin auf Kurs gebracht werden. Wir haben konsequent die großen Herausforderungen einer wachsenden Stadt Berlin im Blick. Das gilt einerseits die großen Entwicklungsvorhaben wie die industrielle Nachnutzung des Flughafens Tegel nach seiner juristisch unausweichlichen Schließung. Es ist unserem Engagement zu verdanken, dass die dafür erforderlichen Investitionsmittel gesichert werden konnten. Denn eine wachsende Stadt bedarf auch wirtschaftlicher Entwicklungspotenziale.

Wir haben durchgesetzt, sich endlich mit der städtebaulichen Weiterentwicklung der Historischen Mitte zu befassen. Das neue Stadtquartier am Molkenmarkt kann nach jahrzehntelanger Blockade endlich entwickelt werden – orientiert an der historischen Stadtstruktur.

Auch in die Debatte über das Areal zwischen Fernsehturm und Humboldtforum haben wir Bewegung gebracht und setzen darauf, nach einem intensiven Bürgerdialog in der kommenden Legislaturperiode die Weichen stellen zu können für die Reparatur der Berliner Mitte.

Wir haben die Zentren gestärkt mit unseren ‚BID-Gesetz‘, das gemeinschaftliche Investitionen in die Attraktivität der wichtigen Geschäftsstraßen erleichtert und sie damit im Wettbewerb zu anonymen Shopping-Malls nachhaltig stärkt. Wir haben die Dynamik der Entwicklung in der City-West und rund um den Alexanderplatz unterstützt und den Versuch der Verwaltung verhindert, die Hochhausplanungen am Alexanderplatz zu Fall zu bringen.

Unsere Stadtentwicklungspolitik setzt auf einen engen Schulterschluss zwischen Politik und Stadtgesellschaft und wir sind froh, auch hier eine Zeitenwende eingeleitet zu haben. Mehr Bürgerbeteiligung war nie. Unsere erfolgreiche Initiative für Berlins Beteiligungsplattform mein.berlin ist dafür nur ein gutes Beispiel.

EINE DIGITALE AGENDA FÜR BERLIN

Das in dieser Legislatur beschlossene E-Government-Gesetz ist nach Expertenmeinung eines der strengsten und innovativsten E-Government-Gesetze in Deutschland. Die CDU-Fraktion hat diesen Prozess intensiv vorbereitet und mit ihrem Beschluss einer „Digitalen Agenda für Berlin“ angestoßen.

Mit modernen, effizienten und bürgerfreundlichen Lösungen wird Berlin jetzt Vorreiter in Deutschland. Ohne elektronische Akte geht dies nicht. Deshalb haben wir die Entsorgung der Aktenwagen gesetzlich festgeschrieben. Die Akte soll laufen, nicht der Aktenwagen.

Wichtig war uns auch die Zentralisierung der fachlichen und finanziellen Verantwortung in einer Funktion. So soll sichergestellt werden, dass alle Systeme miteinander kompatibel, sicher, wirtschaftlich, medienbruchfrei und barrierefrei sind. Menschen sind wichtiger als Rechner: Deshalb ist es entscheidend, die Mitarbeiter in der Verwaltung mitzunehmen. Weitere wichtige Punkte: Der Umbau des ITDZ führt von einem Rechenzentrum zu einem leistungsfähigen und innovativen IT-Dienstleister und die Stärkung der IT-Sicherheit.

In den nächsten Jahren wird deutlich werden, wie wichtig die Umsetzung der Digitalen Agenda der CDU-Fraktion in Gesetzesform für die weitere Entwicklung der Stadt sein wird.

DAS STADTMANAGEMENT VERBESSERN

Die Stadt entwickelt sich positiv, sie hat eine große Anziehungskraft. Leider funktioniert aber dennoch nicht alles so reibungslos, wie es könnte! Wir müssen die Aufstellung der Stadt bei den alltäglichen Problemen verbessern, zum Beispiel bei den Bürgerämtern, bei der Verkehrslenkung und auch bei der Sauberkeit. Die CDU-Fraktion sieht die Notwendigkeit, die Schnittstellen enger zu verzahnen, das Stadtmanagement zu verbessern. Es geht um Effizienz, Effektivität und Schnelligkeit.

Für eine schnellere Verwaltung und mehr Sauberkeit hat die CDU-Fraktion Berlin im Jahr 2015 Maßnahmenpakete beschlossen, die Schritt für Schritt umgesetzt wurden und noch werden.

Nach unserer notwendigen Abkehr vom rot-roten Personalabbau sind zusätzliche Stellen insbesondere dort geschaffen worden, wo die Berlinerinnen und Berliner ihre Stadt „hautnah erleben“: Auf dem Bürgeramt, in Schulen aber auch bei Polizei und Feuerwehr.

Die BSR säubert jetzt auch Parks in der Stadt. Die CDU-Fraktion Berlin tritt entschieden für Null Toleranz gegenüber Verwahrlosung des öffentlichen Raumes ein. Deswegen setzen wir uns für Bußgelder für Schmutzfinken ein und für die Beseitigung von Graffiti, illegalen Plakaten und zerbrochenen Scheiben an städtischen Gebäuden nach Möglichkeit binnen 24 Stunden.

Bei der in der Verantwortung eines SPD-Senators stehenden Verkehrslenkung, der Baustellenkoordination, der schnellen Erledigung von Baustellen sehen wir weiterhin großen Verbesserungsbedarf.

HAUPTSTADT BERLIN UND HAUPTSTADTFINANZIERUNG

Für die CDU-Fraktion Berlin gilt es, eine neue Hauptstadtinitiative auch aus Berlin heraus aktiv und intensiv zu begleiten und auszugestalten. In einem Grundsatzbeschluss im Jahr 2015 fasst die CDU-Fraktion wesentliche Punkte zusammen, unter anderem die (Weiter-)Entwicklung eines Hauptstadtbildes Berlin, die angemessene Finanzierung der Hauptstadt-Zusatzaufgaben und der Umzug aller Bundesministerien nach Berlin. Außerdem wollen wir das Bekenntnis zur Hauptstadt in der Landesverfassung verankern und Hauptstadtgesetze in Bund und Land initiieren.

25 Jahre nach dem historischen Beschluss des Deutschen Bundestages auf Vollendung der Einheit Deutschlands am 20. Juni 1991 ist es an der Zeit, das Gesicht der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland weiterzuentwickeln und juristisch, materiell und emotional weiter zu verankern.

Wichtige Grundsatzpositionen der CDU-Fraktion Berlin

- *ES LÄUFT IN BERLIN! ABER WIRD DIE STADT AUCH AN ALLEN STELLEN GUT GEMANAGT?*
- *HAUPTSTADT BERLIN – HAUPTSACHE BERLIN: DIE HAUPTSTADT BERLIN AUF EINE ANGEMESSENE GRUNDLAGE STELLEN!*
- *ZUKUNFT FINDET STADT*
- *GRUNDLAGEN FÜR EIN PERSONALKONZEPT 2020*
- *TRANSPARENTE LIEGENSCHAFTSPOLITIK FÜR BERLIN*
- *TEGELS ZUKUNFT BEGINNT … JETZT!*

Alle Positionen der CDU-Fraktion Berlin finden Sie unter www.cdu-fraktion.berlin.de

Zusammen leben in Berlin

Fast jeder fünfte Berliner hat einen Migrationshintergrund. Wir gestalten das friedliche Zusammenleben der Kulturen.

VERMITTLUNG DEMOKRATISCHER WERTE UND DURCHSETZUNG DES RECHTSSTAATES

Unsere Integrationspolitik dient der Sicherung der Grundwerte unseres Landes. Individuelle Freiheit, Gleichberechtigung und demokratische Ordnung wollen wir erhalten. Daher haben wir das auf „Fördern“ beschränkte Integrationsprogramm der rot-roten Vorgängerregierung erweitert auf das notwendige „Fordern“. Nunmehr fördert das Land Berlin nicht nur Beratungsangebote an Zuwanderer, die wir in Form der Stadtteilmütter und Integrationslotsen langfristig gesichert haben. Sondern es sorgt jetzt z. B. mit dem Projekt der „Heroes“ für wirksame pädagogische Maßnahmen zur Begegnung von Gewalt aus einem falsch verstandenen Ehrbegriff, die sich vor allem in der Unterdrückung von Frauen ausdrückt. Ebenso haben wir unter dem Eindruck der Ereignisse der Silvesternacht 2015 in Köln die Vermittlung der freiheitlich-demokratischen Grundwerte im „Masterplan Integration und Sicherheit“ zu einem Schwerpunkt der Flüchtlingsbetreuung gemacht.

VIELFALT FUNKTIONIERT NICHT OHNE ZUSAMMENHALT UND IDENTIFIKATION MIT DEUTSCHLAND

Die Vielfalt in unserer Stadt haben wir bewahrt, z. B. durch die Rettung des Karnevals der Kulturen. Aber Vielfalt ohne Zusammenhalt ist nichts. Daher ist unser wichtigstes Ziel in der Integrationspolitik der Zusammenhalt unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Dazu stärken wir Gemeinsamkeiten und nicht das Trennende. Deshalb haben wir alle Versuche verhindert, die deutsche Staatsangehörigkeit als Integrationsfaktor zu schwächen, beispielsweise durch die Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit oder des Ausländerwahlrechts. Vielmehr haben wir durch Einbürgerungskampagne und Einbürgerungsfeier die Bedeutung der deutschen Staatsangehörigkeit gestärkt.

Grundlage für das Zusammenleben ist auch das Erlernen der deutschen Sprache. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Willkommensklassen der Schulen schnell die deutsche Sprache erlernen können.

Wir haben die Weichen für ein Institut für islamische Theologie an einer Berliner Hochschule gestellt. Dies soll nicht nur dafür sorgen, dass der Bedarf an muslimischen Religionslehrern und Imamen zukünftig durch qualifizierte deutschsprachige Theologen gedeckt werden kann, die in Deutschland aufgewachsen und in der Werteordnung unseres Landes sozialisiert sind. Sondern das Institut soll auch einen Beitrag für die Herausbildung einer islamischen Theologie leisten, die der Lebenswirklichkeit und den Grundwerten der freiheitlichen und modernen westlichen Gesellschaft gerecht wird. Bis zum Aufbau dieses theologischen Instituts sollen Imame aus dem Ausland Sprach- und Integrationskurse ableisten, um die deutsche Sprache und die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland kennenzulernen.

BERUFSQUALIFIKATIONEN VON ZUWANDERERN NUTZBAR MACHEN

Wir haben über ein Gesetz erstmalig die Voraussetzungen geschaffen, dass qualifizierte Zuwanderer ihren Qualifikationen entsprechend erfolgreich berufstätig werden können. Damit wird der Bedarf des Arbeitsmarktes gedeckt, die Sozialsysteme entlastet und den Betroffenen der soziale Aufstieg ermöglicht und ihre Identifikation mit unserem Land gestärkt. Dem dient auch unsere Förderung der unternehmerischen Existenzgründungen durch Zuwanderer. Die Berliner Landesverwaltung haben wir u. a. mit der Einführung anonymisierter Bewerbungen für Zuwanderer geöffnet.

GESTÄRKT AUS DER FLÜCHTLINGSKRISE HERAUSGEHEN

79.000 Flüchtlinge kamen 2015 nach Berlin, von denen 55.000 ihr Asylverfahren in Berlin durchliefen. Diese bis dato schier unvorstellbar hohe Zahl an in Berlin eingetroffenen Flüchtlingen war für das Land Berlin nicht planbar und hat das Land, die Bezirke und die Berliner Stadtgesellschaft vor neue Herausforderungen gestellt. Wir haben aber schnell die notwendigen Voraussetzungen für die Prüfung von Schutzbedürftigkeit oder Rückkehr geschaffen. Durch Umstrukturierungen, neues Personal, die Erstaufnahmeeinrichtung in der Bundesallee und die Schaffung eines Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten sowie eines verwaltungsübergreifenden „Landesweiten Koordinierungsstabs Flüchtlingsmanagement“ können nunmehr in der Spitze täglich bis zu 1.000 Personen registriert und untergebracht werden. Das entspricht pro Tag einer Personenanzahl, die das Land Berlin noch 2007 pro Jahr zu registrieren hatte.

Die CDU-Fraktion Berlin setzt sich für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf die Berliner Bezirke ein. Wir halten Schul- und Vereinssporthallen für keine geeigneten Unterkünfte und haben darauf gedrungen, dass die Belegung durch den SPD-Flüchtlingsstaatsekretär rückgängig gemacht wird. Ziel ist es, dass die Sporthallen im Zuge dessen in einen neuwertigen und damit besseren Zustand als vor der Zweckentfremdung versetzt werden.

Die CDU-Fraktion Berlin bekennt sich uneingeschränkt dazu, dass wir den tatsächlich Schutzbedürftigen Schutz und Hilfe zuteilwerden lassen. Aber es werden nicht alle, die zu uns gekommen sind, auch hier bleiben können. Wir werden die konsequente Rückführung der nicht Schutzbedürftigen organisieren. Die Zahlen der freiwilligen Rückkehrer und der Abschiebungen haben wir deutlich erhöht.

BEKÄMPFUNG VON EXTREMISMUS

Der Sicherung unserer Grundwerte dient die Vorbeugung gegen Radikalisierung und Extremismus. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und zur Stärkung der Demokratie und zum Schutz vor Diskriminierung und Gewalt bezieht auf unsere Initiative nunmehr auch die Expertise des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus ein. Des Weiteren ist auf unsere Veranlassung hin erstmals ein neues „Landesprogramm Deradikalisierung“ zur Prävention gegen islamistischen Extremismus und Antisemitismus gestartet worden.

Dass die Sicherheitsbehörden auch modernste Ausstattung benötigen, versteht sich von selbst. Deshalb erfolgen auch verstärkt Investitionen in Schutzhelme, Einsatzwesten, geschützte Fahrzeuge und neue Waffen.

Zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus durch die Polizei Berlin wird zusätzliches Personal und zusätzliche Ausrüstung bereitgestellt. Die jüngsten Anschläge in Frankreich zeigen erneut, dass in Deutschland wie auch den anderen EU-Staaten eine hohe abstrakte Gefährdung besteht, die sich jederzeit in Form von sicherheitsrelevanten Ereignissen bis hin zu Anschlägen konkretisieren kann.

Daher wurden Vorkehrungen für weitere herausgehobene Sicherheitslagen getroffen. Eine neue Task Force zur Bewältigung besonderer Sicherheitslagen soll weiteren Konfliktpotentialen entgegenwirken.

Wichtige Grundsatzpositionen der CDU-Fraktion Berlin

- *WERTE VERMITTELN – INTEGRATION SCHAFFEN*
- *FLÜCHTLINGE GERECHT VERTEILEN.*
- *DISKRIMINIERUNG CHRISTLICHER FLÜCHTLINGE ENTGEGENWIRKEN – WER IN DEUTSCHLAND LEBEN MÖCHTE, MUSS TOLERANZ GEGENÜBER ANDEREN RELIGIONEN ÜBEN.*

Alle Positionen der CDU-Fraktion Berlin finden Sie unter www.cdu-fraktion.berlin.de

ABGEORDNETE NACH BEZIRKEN

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Hildegard Bentele

Florian Graf

Markus Klaer

Roman Simon

Monika Thamm

SPANDAU

Matthias Brauner

Heiko Melzer

Peter Trapp

CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Stefan Evers

Dr. Michael Garmer

Claudio Jupe

Joachim Krüger

REINICKENDORF

Michael Dietmann

Burkard Dregger

Andreas Gram

Dr. Manuel Heide

Jürn Jakob Schultze-Berndt

Tim-Christopher Zeelen

STEGLITZ-ZEHLENDORF

Michael Braun

Oliver Friederici

Christian Goiny

Dr. Uwe Lehmann-Brauns

Joachim Luchterhand

Stefan Schlede

Cornelia Seibeld

PANKOW

Stephan Lenz

Dr. Gottfried Ludewig

Dirk Stettner

LICHTENBERG

Danny Freymark

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Kurt Wansner

MITTE

Frank Henkel

Sven Rissmann

MARZAHN-HELLERSDORF

Mario Czaja

Alexander J. Herrmann

NEUKÖLLN

Michael Freiberg

Dr. Hans-Christian Hausmann

Dr. Robbin Juhnke

TREPTOW-KÖPENICK

Prof. Dr. Niels Korte

Katrin Vogel

Impressum

HERAUSGEBER

CDU-Fraktion Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10117 Berlin
Telefon: 030 2325 2115
Telefax: 030 2325 2765

mail@cdu-fraktion.berlin.de
twitter.com/CDUBERLIN_AGH
facebook.de/cdufraktionberlin
www.cdu-fraktion.berlin.de

BILDNACHWEIS

Mike Scheppel / www.mikescheppel.de (Seite 6–7), Deutscher Evangelischer Kirchentag/Vankann (Seite 12), gmp Architekten / Tegel Projekt GmbH (Seite 28), Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum / Architekt: Franco Stella mit FS HUF PG (Seite 47), Foto Goiny: Klaus J. A. Mellenthin (Seite 54), Foto Henkel: Martin U. K. Lengemann (Seite 55)

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.